

# GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 8, September 2014 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO** Graz - Gemeinderatsklub

## Teure Schule

### ELTERN VON SCHULKINDERN GREIFEN TIEF IN DIE TASCHE

Seite 2-3



*Entenkinder gehen in die Entenschule.  
Menschenkinder müssen in wenigen Tagen  
auch wieder mit dem Lernen anfangen.  
Wir wünschen allen Schulkindern und ihren  
Eltern einen unbeschwerten  
Start ins neue Schuljahr!*

Samstag

**6.9.** ab 15 Uhr

Kinderprogramm für Jung & Alt  
Tombola & Glückshafen mit Elke & Claudia  
Full Supra Musik, Diskussionsbühne

# volks<sup>2014</sup>hausfest

Lagergasse 98a, bei jedem Wetter,  
freier Eintritt, kein Konsumzwang

Programm Seite 21 und Seite 24

# Teurer Schulanfa

## ZITIERT

„Der diesjährige Song Contest in Kopenhagen hat 15 Millionen Euro gekostet, rund dreimal so viel wie erwartet. Der ESC in Österreich könnte noch teurer kommen.“ Die Presse, 4. 8. 2014.

„EU und USA starten vollkommen verantwortungslos einen heißen Wirtschaftskrieg mit Russland. Mit dem Zudrehen des Kreditahns für russische Banken haben Merkel und Co. die Lunte zu einer globalen Finanzkrise angesteckt.“ Sara Wagenknecht. Die Linke, 30.7. 2014

„Nun ist sie da, die ganz große Koalition in Europa.“ Blog „Lost in Europe, 15. 7. 2014

„Schätzungsweise fielen im Sommer und Herbst 1914 (im 1. Weltkrieg) dem Terror der k. k. Truppen 30000 serbische Zivilisten zum Opfer.“ Hans Hautmann, Junge Welt, 28. 7. 2014

„Der Aufschwung ist schwach, fragil und unstetig.“ Mario Draghi, Chef der EZB, 7.8.2014



Der Schulbeginn rückt näher – und damit das Kopfzerbrechen vieler Eltern darüber, wie sie den Start ihrer Kids in das neue Schuljahr finanzieren sollen.

Wer in Österreich eine öffentliche Schule besucht, braucht dafür nicht zu bezahlen. Das ist zwar richtig. Doch gratis ist die Schulbildung deshalb keinesfalls. Denn rund um den Schulbesuch entstehen umfangreiche Nebenkosten, die den Eltern von Schulkindern von Jahr zu Jahr mehr zu schaffen machen.

### Zahlen für Kopien und Unterrichtsmittel

Wir haben eine Grazer Familie besucht. Herr und Frau S. haben zwei schulpflichtige Kinder. „Carola kommt in die dritte Klasse Volksschule und Max in die erste Klasse Gymnasium“, erzählt Mama Friederike S.\* Für beide Kinder hat sie schon zu Ferienbeginn Bedarfslisten

für Unterrichtsmaterialien bekommen, für Sohn Max auch die Vorschreibung eines Kostenbeitrages von 120 Euro. Darin enthalten: Kopiergeld, Unterrichtsmittelbeitrag, Elternvereinsbeitrag, Materialbeiträge für Werken und Bildnerische Erziehung, Klassenkassa usw. „Die Höhe dieses Betrages hat mich fast umgehauen“, gesteht die Mutter. Generell ist festzustellen, dass die Beträge, die Schulen für Kopien, Unterrichtsmittel und diverse Materialien einheben, in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind.

### Markenzwang kostet

Ein Blick auf die Materiallisten lässt auch erkennen, dass die Begehrlichkeiten der Schulen oft nicht gerade bescheiden sind. Da werden zweierlei Paar Turnschuhe für drinnen und für draußen selbstverständlich vorausgesetzt, die Leuchtmarker sollen tunlichst



Viele Anschaffungen machen den Schulanfa

für „Stabilo“ sein, der Klebstoff von „UHU“, die Buntstifte von Jolly, was zum Teil erhebliche Preisunterschiede bedeutet – bei 24 Buntstiften beispielsweise eine Differenz von 12,50 Euro zwischen Jolly-Stiften und dem billigsten Produkt (Preisvergleich bei

\*) Namen von der Redaktion geändert

## UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG...

... und gewinnen Sie kleine Buch- und Sachpreise

Wie viel Geld geben Sie pro Kind zu Schulbeginn aus?

- Weniger als 100 Euro
- 100 bis 300 Euro
- Mehr als 300 Euro

Gedanken und Anregungen:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPÖ Graz erhalten.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



An das

**GRAZER  
Stadtblatt**

Elke Kahr  
Volkshaus, Lagergasse 98a  
8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91  
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

## Umfrage Überziehungszinsen

In unserer letzten Ausgabe haben wir gefragt, ob die Überziehungszinsen bei Girokonten gesetzlich begrenzt werden sollen: 84 % haben mit „ja“ geantwortet, 16 % mit „Nein“.

Große Kritik gab es an der skrupellosen Geschäftemacherei mit dem „Produkt“ Girokonto. Die Befürworter einer Begrenzung haben daran erinnert, dass viele, die ihr Konto überziehen, es aus einer Notlage heraus tun und dafür zusätzlich noch bestraft werden. Gegner der Begrenzung äußerten die Befürchtung, dass sich labile Bankkunden noch rascher in die Schuldenfalle begeben würden, wenn das Überziehen so wenig kostet.

ng



ng zu einer kostspieligen Sache.

## GRAZER SCHUL-STARTGELD BEANTRAGEN!

Für einkommensschwache Familien mit Kindern gewährt die Stadt Graz zwischen 4. August und 5. September ein Schulstartgeld in der Höhe von € 50.

Bezugsberechtigt sind Familien mit Schulkindern, deren Haushaltseinkommen unter der Grenze für die Rundfunk(GIS)-Gebührenbefreiung liegt und die eine gültige SozialCard vorweisen können. Sind die Kinder schulpflichtig, erhalten sie das Geld automatisch angewiesen. Eltern, deren Kinder die Schulpflicht hinter sich haben, aber noch die Schule besuchen (ab dem 10. Schuljahr) erhalten Informationen über das Schulstartgeld in der Schmiedgasse 26, 2. Stock, Zi. 242 – **SozialCard-Stelle** oder beim **Infopoint Soziales** – unter Vorlage des letzten Schulzeugnisses bzw. einer Schulbesuchsbestätigung beantragen. Tel. 0316 / 872 6342 oder 0316/ / 872 63 43.

Libro). Wenn keine speziellen Marken vorgeschrieben sind, versucht Frau S., durch Preisvergleiche die Schulsachen so günstig wie möglich einzukaufen.

Rechnet sie die voraussichtlichen Bücherbeiträge für das angehende Schuljahr und eine neue Schultasche für Carola hinzu, kommt Friederike S. auf insgesamt 574,62 Euro für beide Kinder. „Und dabei wird es nicht bleiben“, weiß sie, denn in den ersten Wochen kommen immer noch weitere unvorhergesehene Anschaffungen und Beiträge hinzu.

### Zahlen und schweigen

In der Regel schweigen Eltern und versuchen, selbst irgendwie mit

der Situation klarzukommen. Man will ja mithalten können und nicht als bedürftig abgestempelt werden.

Eine kleine Erleichterung bietet das Schulstartgeld der Stadt Graz (siehe Kasten) von 50 Euro. Dieses wird aber ausschließlich an Inhaber einer gültigen SozialCard ausbezahlt. Im September wird außerdem eine um 100 Euro erhöhte Familienbeihilfe angewiesen, allerdings nur für Kinder im schulpflichtigen Alter (6-15 Jahre). Dass dieses Geld nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, zeigt das hier geschilderte Beispiel.



## MEINE MEINUNG

Wohnungstadträtin Elke Kahr

# Wohnen: Wohin geht die Reise?

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

**W**ohnen ist zu teuer. Das spüren viele Menschen. Auf der Tagesordnung sollten jetzt Maßnahmen zur Begrenzung der Wohnungskosten stehen. Vor der Nationalratswahl ist uns das auch versprochen worden.

**Wohin geht die Reise in Sachen Wohnen aber wirklich? Monat für Monat meldet die Statistik Austria, dass die Wohnkosten doppelt so schnell steigen wie die Teuerungsrate. Es geschieht aber nichts, um diesen gefährlichen Kurs zu stoppen.**

**Im Gegenteil: Immer neue Forderungen tauchen auf, die alles noch schlimmer machen würden. Dazu gehören die Abschaffung jeglicher Mietpreisbindung und die Begrenzung bestehender Eintritsrechte für Familienangehörige.**

**Von der öffentlichen Hand finanzierter Sozialer Wohnbau soll durch die Streichung der Objektförderung unmöglich gemacht werden.**

**Das alles ist kein Zufall. In der Regierung wird derzeit über die Neuregelung des Mietrechts verhandelt. Die Immobilienlobby und kapitalkräftige Gesellschaften, die Anlagemöglichkeiten suchen, haben da starke Verbündete.**

**Gerade deshalb versucht die KPÖ unter dem Titel „Wohnen ist zu teuer“ ein Gegengewicht aufzubauen.**

**Wohnen darf nicht arm machen. Daher ist es notwendig, allen Versuchen entgegenzutreten, die Rechte der Mieterinnen und Mieter einzuschränken und das Wohnungswesen ausschließlich den Gesetzen des Profits zu unterwerfen.**

**Das ist keine leichte Aufgabe. Sie ist aber notwendig. Dabei ist ein Erfolg möglich, wenn uns die Bevölkerung so kräftig unterstützt, wie das beim Regress der Fall gewesen ist.**

Ihre Stadträtin Elke Kahr  
Tel. 0316 / 872-20 60

## KLEIN, aber MIT BISS



*Der Regress ist Vergangenheit. Voves und Schützenhöfer sind noch im Amt, aber pensionsreif.*

## AUS DEM INHALT

Möbelmiete? .....	4
Wohnen ist zu teuer .....	4/5
Stadtteilzentrum vorgestellt...6/7	
Aus dem Gemeinderat.....	8
Super-Einkommen.....	10
Kommt wieder Krieg?.....	11
Aus den Grazer Bezirken .....	12/13
Bauorden am Grünanger .....	14
Kommentar C. K-Weithaler zum Glücksspielgesetz.....	15
Mülltrennen und sparen .....	16
Lärmbewusstsein in Graz .....	17
Veranstaltungen .....	20
Rätsel, Impressum, Termine, Anzeigen, Veranstaltungen.....	21-24

## §§ Fragen zum Mietrecht §§

# Möbelmieten, ein Zubrot für Vermieter

Möbelmiete wird so berechnet: Zeitwert (Wert zum Zeitpunkt des Mietvertragsabschlusses) dividiert durch die voraussichtliche Restnutzungsdauer in Monaten plus Gewinnzuschlag von 12-15%: So „einfach“ liest sich die Berechnung des Entgeltes für mitvermietete Einrichtungsgegenstände (z.B. Möbel-, Küchenmieten) im Vollanwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes (Altbauten, geförderte Neubauten).

In der Praxis freilich wird man – ausgenommen bei neuen Gegenständen – schon bei der Bestimmung des Zeitwertes seine Probleme haben, spätestens aber bei der Bestimmung der Restnutzungsdauer ist der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Diese Unsicherheit nutzen viele Vermieter aus, um die Möbelmieten nach Gutdünken und oft viel zu hoch festzulegen. Bei Küchenmieten etwa wird oft übersehen, dass bei der Bestimmung des Zeitwertes jener des Herdes und der Abwasch nicht mitgerechnet werden darf, da beides grundsätzlich sowieso vorhanden sein muss. Doch nicht nur die Höhe mancher Möbelmieten treibt Mieterschützern



von Mag. Alfred Strutzenberger, Mietrechtsexperte im Büro von Stadträtin Kahr.

die Zornesröte ins Gesicht, auch die Möglichkeit, so ziemlich alles „mitvermieten“ zu dürfen, sorgt für Kopfschütteln.

### Miete für Handtuchhalter

So werden etwa auch Lampenschirme, Handtuchhalter (!) und Karniesen vermietet. Da man davon ausgehen kann, dass solcherlei Gegenstände eine sehr hohe Restnutzungsdauer haben, sind die entsprechenden Mieten im Regelfall zu hoch. Wer nun glaubt,

nach Ablauf der Restnutzungsdauer keine Möbelmiete mehr bezahlen zu müssen, irrt. Der Oberste Gerichtshof erlaubt ausdrücklich, dass die Möbelmiete während der gesamten Vertragsdauer und nicht nur während der Restnutzungsdauer verlangt werden darf. Das hat zur Folge, dass selbst dann, wenn die Küche trotz intensiver Wartung schon in einem sehr schlechten Zustand ist oder überhaupt nicht mehr existiert, dafür Möbelmiete bezahlt werden muss, zumeist sogar wertgesichert! Ein untragbarer Zustand. Hier hat der Bundesgesetzgeber Handlungsbedarf.

### Schlichtungsstelle hilft

Mieter, die ihre Küchen-/Möbelmieten überprüfen lassen wollen, können einen entsprechenden Antrag an die städtische Schlichtungsstelle richten. Zu beachten sind hier jedoch Fristen. Bei unbefristeten Mietverträgen muss der Antrag innerhalb von drei Jahren, bei befristeten Verträgen spätestens 6 Monate nach Auflösung des Mietverhältnisses gestellt werden.



### FRAGEN zu Wohnen:

Von der Wohnungssuche bis zu Problemen und Streitfällen: Wenn Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450) oder an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2062).



Wohnen ist zu teuer. Die KPÖ kämpft für die Erhöhung der Wohnbeihilfe und die Zweckbindung der Wohnbauförderungsgelder.

Immer mehr Steirer können sich das Wohnen kaum noch leisten. Mieten und Betriebskosten steigen



Die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler (v.l.n.r.) setzen sich für erschwingliches Wohnen ein.

## Mieter-Notruf

Tel. **0316 71 71 08**

Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten. Mit Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen sowie die Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen, wir beraten bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir helfen, wenn es Probleme bei der Kautionsrückzahlung gibt, aber auch bei anderen Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)

**Elke Kahr. KPÖ**

**HILFE**  
**Wohnen ist**  
**zu teuer!**

**WOHNBEIHILFE ERHÖHEN!**  
**MIETEN BEGRENZEN!**

**Wohnungskrise wirksam bekämpfen!**

kontinuierlich an, während die realen Arbeitseinkommen und Pensionen stagnieren oder sogar sinken. Viele Durchschnittsverdiener geben über die Hälfte ihres Nettoeinkommens für das Wohnen aus. 2011 kürzten SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe drastisch, indem sie den Betriebskostenanteil halbierten. „Es ist ein Gebot der Stunde, zu handeln und den Fehler der ‚Reformpartner‘ wieder zu rückgängig zu machen. Die Wohnbeihilfe muss erhöht und der Kreis der Bezugsberechtigten erweitert werden“, bringt es KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler auf den Punkt. Im Moment geht ein Ehepaar, das Mindestpensionen be-

zieht, leer aus. Ihr Einkommen ist zu hoch, um Wohnbeihilfe zu erhalten. Seit Jahren erfolgte keine Anpassung der Einkommensgrenzen. Dadurch fallen Tausende aus der Wohnbeihilfe – 5.000 allein im vergangenen Jahr.

### Mehr sozialer Wohnbau ist nötig

„Den Mangel an leistbaren Wohnungen kann die Erhöhung der Wohnbeihilfe aber nicht beheben“, merkt die KPÖ-Stadträtin Elke Kahr an, die seit 2005 für Wohnungsangelegenheiten zuständig ist. „Die Lage wird sich weiter zuspitzen.“ Ein Weg ist der Bau von Gemeindewohnungen. Elke Kahr: „Nur das garantiert ein ausreichendes Angebot an leistbarem Wohnraum. Leider fehlen die finanziellen Mittel für den sozialen Wohnbau, weil der Wohnbauförderungsbeitrag, den alle arbeitenden Menschen zahlen, zweckentfremdet wird. Diese Millionen an Euro, die für leistbaren Wohnraum dringend nötig wären, werden derzeit zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet.“

### Dramatische Mieterhöhungen durch Fehler der Landespolitik

Ein weiteres Problem sind die extremen Mieterhöhungen durch die Darlehensrückzahlungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1989

und der Novelle 1993. Dieses Modell hat sowohl für das Land Steiermark als auch für die Mieter gravierende Nachteile: Das Land bekommt keine Rückzahlungen mehr, da aushaftende Darlehen veräußert wurden, um Budgetlöcher zu stopfen. Langfristig wurde dadurch die Wohnbauförderung massiv untergraben.

„Es ist nicht im Sinne der Bevölkerung, wenn das Land Bank spielt und teure Kredite vergibt“, betont der KPÖ-Landtagsabgeordnete Werner Murgg. Mieter sind durch die Vorgangsweise bei den Annuitätenzuschüssen mit immensen Mieterhöhungen konfrontiert. In manchen Fällen geht es um mehrere hundert Euro pro Monat. Deswegen setzt sich die KPÖ für eine rasche Korrektur ein und fordert eine Sonderwohnbeihilfe für jene, die Opfer dieser verfehlten Wohnungspolitik wurden.

### Wohnen macht arm

Seit 2005 sind die Mieten Jahr für Jahr um durchschnittlich drei Prozent gestiegen, jeweils mehr als die jeweilige Inflationsrate oder die Einkommen bzw. die Pensionen ausgemacht haben. Höchste Zeit, dass Maßnahmen gesetzt werden, die das Wohnkostenniveau wieder auf ein erträgliches Maß senken.

Hier unsere Vorschläge:

### DIE KPÖ FORDERT: WOHNEN WIEDER LEISTBAR WERDEN!

- Erhöhung der **Wohnbeihilfe**, Erhöhung der Einkommensgrenze für den Bezug der Wohnbeihilfe.
- Mehr **sozialer Wohnbau**, mehr Gemeindewohnungen! Nur das garantiert ein ausreichendes Angebot an dauerhaftem und leistbarem Wohnraum.
- Wiedereinführung der **Zweckbindung des Wohnbauförderungsbeitrags** (ein Prozent des Bruttolohns wird dafür von allen Arbeitern und Angestellten abgeführt). Diese Gelder, die das Land erhält, werden seit 2008 nicht für Wohnbau, sondern zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet.
- Wiedereinführung von fixen **Mietzinsobergrenzen**.
- Eine **Sonderwohnbeihilfe** für jene, die aufgrund fehlgeleiteter Wohnungspolitik des Landes mit massiven Mieterhöhungen konfrontiert sind.
- Einführung eines landesweiten **Kautionsfonds**.
- **Meldepflicht** für leerstehende Wohnungen.
- Keine **Befristung** von Mietverträgen!
- Vermittlungs**provisionen** sollen vom Vermieter gezahlt werden.

### GRAZ: MIETZINSZUZAHLUNG UND KAUTIONSFONDS

Die Stadt Graz bietet einige Sonderregelungen:

- Gemeindemieter, die mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufzuwenden haben, können beim städtischen Wohnungsamt um eine Mietzinszahlung ansuchen.
- Wer die Kautions für die Miete einer Wohnung nur schwer aufbringen kann, kann ebenfalls beim Wohnungsamt um einen Zuschuss durch den Kautionsfonds ansuchen.

STAATSGEWALT SCHÜTZT MIETHAIE

# Polizeieinsatz für Spekulanten



Foto: Lower Class Magazine.  
<http://lowerclassmagazine.blogspot.eu/>

Wien: 1700 Polizisten räumten ein Haus von 19 Bewohnern, die der Hauseigentümer selbst eingeladen hatte, um Altmietern zu hinauszuekeln. Die Eigentümer holten die Exekutive zu Hilfe, nachdem sich herausgestellt hatte, dass diese Rechnung nicht aufging. Altmietern und Jugendliche hatten sich verbündet und friedlich Tür an Tür gewohnt.

1.700 Polizisten – unterstützt von einem Panzerfahrzeug – marschierten auf, um gezählte 19 Jugendliche aus einem Haus zu vertreiben!

So geschehen kürzlich in Wien. Schauen wir hinter die an Skurrilität kaum zu überbietende Polizeiaktion.

Die Staatskassen sind leer, bei der Bildung wird gespart, zahlreiche Polizeiwachzimmer in ganz Österreich wurden geschlossen, beim Bundesheer reicht es offensichtlich manchmal nicht einmal für genügend Sprit. Und dann plötzlich eine solche Aktion, bei der Geld offensichtlich keine Rolle gespielt hat. Polizisten wurden aus ganz Österreich herangezogen. Hatte die Innenministerin das gemeint, als sie verkündete, dass man durch die Schließung von Polizeiwachposten mehr Polizisten auf die Straße bringen könne?

## Von Eigentümern geholt

Noch mehr den Kopf schütteln muss man allerdings, wenn man

die Hintergründe der Geschichte beleuchtet. Die Jugendlichen waren gar keine gewalttätigen Hausbesetzer, sondern wurden von den Eigentümern eingeladen, ins Haus zu kommen! Da sie nach ihrem Äußeren der Punkszene zugerechnet wurden, erwartete sich das Immobilienunternehmen, dass sie die Altmietern hinauszuekeln. Dann stünde guten Geschäften mit den leeren Wohnungen nichts mehr entgegen. Eine Methode, die auch in Graz schon mehrmals angewandt wurde.

Doch diesmal hatten sich die Spekulanten verspekuliert. Die Punks verstanden sich mit den Altmietern gut, einige davon waren sogar richtig froh, dass sie nun Unterstützung gegen die Machenschaften der Hauseigentümer bekamen. Wütend durch das Scheitern seines fieses Planes, brachte das Immobilienunternehmen eine Räumungsklage gegen die Jugendlichen ein, der letztendlich stattgegeben wurde. Wäre die Geschichte hier zu Ende, dann könnte dies einfach eine von vielen Spekulantengeschichten in Österreich sein. Aber mit der Art der Räumung – 1700 Polizisten mit

Panzer – wurde der Fall zum politischen Skandal.

## Kosten: eine Million Euro

Die Rechnung für diese absurde Aktion – man spricht von bis zu einer Million Euro – werden höchstwahrscheinlich die Steuerzahler serviert bekommen, eine Staatshilfe für Immobilienspekulanten sozusagen. Gerechterweise müsste die Rechnung für diesen Polizeieinsatz umgehend den Spekulanten-Hausherren präsentiert werden, denn letztendlich haben genau jene das Problem böswillig selbst verursacht. Wahrscheinlich wird das aber nicht geschehen. Deshalb sollte raschest solchen Machenschaften ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden.

Solche Gaunereien dürfen sich nicht lohnen oder gar mit Staatshilfe durchgesetzt werden. Jenen, die sich im konkreten Fall auf den Rechtsstaat berufen, sei ins Stammbuch geschrieben: „Je weiter sich das Recht von Gerechtigkeit entfernt, desto weniger Menschen werden noch an den Rechtsstaat glauben.“ Die Folgen wären absehbar. *E. Kaltenegger*

## Bunter, Stadtteilzentren in

Seit 2010 hat die Triestersiedlung ein Stadtteilzentrum, das sich der Sorgen und Anliegen der Bewohner annimmt und für regen Austausch sorgt.

Liebevoll bepflanzte Hochbeete mit Raritäten wie pinken Tomaten, Zitronengurken, Anisbasilikum aber auch Erdbeeren, Mangold und dazwischen bunte Blumen schmücken den Eingangsbereich. Mehr als ein Dutzend Menschen haben es sich dort gemütlich gemacht und genießen die Nachmittagssonne. Es wird gelacht, diskutiert, man tauscht sich aus.

Es handelt sich nicht um ein Kaffeehaus, es ist das Stadtteilzentrum Triester, das die Menschen anlockt. Unterstützt von Stadträtin Elke Kahr und dem Wohnungsamt, hat Elisabeth Hufnagl, Leiterin des Vereins „Illusions“, 2010 das Zentrum ins Leben gerufen. „Es war das erste Stadtteilzentrum in Graz“, erzählt sie. „Unsere Arbeit hier ist



# vielfältiger, Triester Graz, Teil 1

in vielerlei Hinsicht wichtig, vor allem aber müssen sich die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Wohnumfeld identifizieren, um sich wohlfühlen.“

## Arbeit im Stadtteil

Sobald die Türen des Zentrums offen stehen, gehen die Menschen hier ein und aus. Neben dem offenen Betrieb gibt es auch Beratung und Erfahrungsaustausch. „Viele wissen nicht, wie sie um Förderungen oder um eine Erhöhung der Pflegestufe ansuchen“, berichtet Hufnagl. In solchen Fällen besorgt sie selbst die Formulare, holt Informationen ein, macht Hausbesuche und hilft beim Ausfüllen der Anträge. Das ist das A und O der Stadtteilarbeit. „Man muss sich Zeit nehmen, mit den Menschen ins Gespräch kommen, zuhören, um auch auf die individuellen Probleme und Anliegen aufmerksam zu werden, die sonst nicht zur Sprache kommen würden.“

## Vorurteile

Die Triestersiedlung hat nicht gerade den besten Ruf, aber dieses Vorurteil hat sich noch nie bestä-

tigt – ganz im Gegenteil. 8.000 Menschen wohnen hier, und die meisten sind freundlich, hilfsbereit und offen. Natürlich kommen nicht alle ins Stadtteilzentrum. Dennoch wird es immer besser angenommen. Seit der Eröffnung haben sich zahlreiche Freiwillige gefunden, die sich für das Zentrum einsetzen, Jause und Kaffee für alle zubereiten.

Im Laufe der Zeit hat sich das Zentrum auch zu einer Tauschbörse entwickelt. „Viele bringen Kleidung, Kinderspielzeug, Bücher und Kleinmöbel, die noch einwandfrei sind, aber nicht mehr gebraucht werden“, schildert Hufnagl die Eigendynamik. „Andere Bewohner freuen sich über diese Dinge.“

## Girls only

„Jeden Donnerstag ist Weiberabend“, so die Stadtteilzentrumsleiterin. Von 17 bis 20 Uhr heißt es dann, „Männer müssen draußen bleiben“. Die Frauen nützen die Zeit, um Blumen zu häkeln, Taschen aus



Stoffresten zu nähen oder aus Kaffeekapseln Schmuck zu basteln, nebenbei tauscht frau sich aus. „Es wird sehr gut angenommen“, freut sich Hufnagl. „Unsere Treffen sorgen für einen starken Zusammenhalt unter den Frauen und es sind viele intensive Freundschaften entstanden.“

## Jugendzentrum

Obwohl im Stadtteilzentrum

alles gut läuft, hat Elisabeth Hufnagl einen großen Wunsch: „Ihr Stadtteil“ soll ein Jugendzentrum mit kreativem Schwerpunkt bekommen. „Wir erreichen nicht alle. Ein Jugendzentrum wäre so wichtig, damit Jugendlichen Raum für selbstbestimmte Freizeitgestaltung zur Verfügung steht“, meint Hufnagl.



Ein Garten: der Eingangsbereich des Stadtteilzentrums Triester.



1919, im Jahr nach dem Ende des ersten Weltkrieges, kam Rudolf Scheiflinger als zweites von acht Kindern zur Welt. Die Zeit war durch Hunger und die Nachkriegerscheinungen geprägt. Als Schüler verdiente er sich als Tänzer in einer Tanzschule ein wenig Geld dazu. Er machte eine Lehre zum Installateur, wechselte dann zu Simmering-Graz-Pauker in Wien. Fortan wurden Lokomotiven zu seinem Lebensmittelpunkt. Nach Kriegsende ging er mit seinem Bruder zu Fuß nach Hause: 1800 Kilometer aus Russland.

Mit 22 Jahren heiratete er die Liebe seines Lebens, Leopoldine. 69 Jahre waren sie verheiratet. In seinem Zimmer in einer Seniorenwohngemeinschaft erinnern viele Bilder an sein bewegtes Leben.

Stadtträtin Elke Kahr gratulierte Rudolf Scheiflinger persönlich zum 95er. Das Grazer Stadtblatt schließt sich den Wünschen an!



## Für Sie erreicht:

**Besser Baden.** KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** erreichte eine Verbesserung der Öffnungszeiten beim Tröpferbad in der Friedrichgasse. Gemeinderätin **Uli Taberhofer** erreichte, dass ab September freitags ein zusätzlicher Termin für das Altersschwimmen angeboten wird.

**Gefährliche Kreuzung in Eggenberg.** Im Bereich Alte Poststraße/Laudongasse/Georgigasse wird auf Initiative von KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** für mehr Sicherheit gesorgt.

**Besser beschriftete Straßenbahnen.** Aufgrund eines Antrags von KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** werden ältere Straßenbahnen mit besseren Anzeigen ausgestattet. Ebenfalls auf seine Initiative wird in Liebenau eine Bushaltestelle beim Sozialmedizinischen Zentrum (SMZ) / Pfarre St. Paul errichtet.

**Linie 82.** KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** forderte die Wiederinbetriebnahme der Linie 82 zwischen Riesplatz und Stifting. Die Holding Graz hat in Aussicht gestellt, die Linie wieder zu betreiben, wenn die Bauarbeiten beim LKH abgeschlossen sind.



KPÖ-Gemeinderätin  
**Christine Braunersreuther**

**Gebühren Info Service - ORF Gebührenberatung neu.** Viele Menschen brauchen Beratung und Hilfe bei der Rundfunk-Gebührenbefreiung.

Trotzdem wollte die GIS sich aus allen persönlichen Beratungen zurückziehen. KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** (Foto) kritisierte diese Vorgangsweise.

Nun werden die Beratungen zumindest teilweise fortgesetzt: Von 1. Oktober (ab 9.00 Uhr) bis Dezember werden einmal wöchentlich GIS-Mitarbeiter im Seniorenreferat (Stigergasse 2) bereitstehen.

## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

### TONNAGEBESCHRÄNKUNG STEINBERGSTRASSE

Die Gemeinde Thal hält an der Errichtung der Baurestmassendeponie fest. Dem Steinberg droht weiterhin eine Schwerverkehrslawine. Alle Grazer Parteien haben sich bereits im März für eine Tonnagenbeschränkung auf der Steinbergstraße ausgesprochen.



KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** drängte im Gemeinderat auf Umsetzung dieser Forderung. Erst Ende September soll eine Entscheidung fallen. Es heißt also weiter bangen und warten!

### ÖFFI-TARIFE SENKEN! STATT HALBHERZIGER „ZUSATZVORTEILE“!

„Vergünstigte Eintrittskarten bei Fußballspielen oder kostenloser Zugang ins Naturkundemuseum sind nett, aber keine Lösung der Mobilitätsprobleme der Grazer. Diese Marketing-Gags ändern nichts daran, dass die Jahreskarte bei den Holding Graz Linien mittlerweile kaum erschwinglich ist!“ Mit diesen Worten ruft KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** in Erinnerung, dass die Jahreskarte für die Grazer Öffis seit der jüngsten rund 5%igen



Tarifierhöhung per 1. Juli bereits 399,- Euro kostet. Sikora fordert deshalb eine sofortige Senkung der Tarife, nicht aber eine halbherzige Gewährung von ‚Zusatzvorteilen‘. Der Gemeinderat erinnert daran, dass man in anderen Städten, wie z.B. in Wien oder Linz, längst umgedacht hat. „So wird z.B. in Linz die Jahreskarte mit einer „Umweltsubvention“ von 100 Euro subventioniert und kostet für Linzer nur 285 Euro.“

### HEBAMMEN IM EINSATZ!

„Dass Hebammen durch die Grazer Parkgebühren-Verordnung benachteiligt werden, ist nicht einzusehen“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Robert Krotzer**.



Ausnahmen von der Parkgebühren-Verordnung gibt es bereits jetzt: Für Einsatzfahrzeuge, Autos von Ärzten oder mobilen Diensten bei

Hauskrankenpflege, Heim- und Altenhilfe müssen keine Parkscheine gelöst werden, wenn sie im Einsatz sind. „Geburtshelferinnen müssen jedenfalls auch zu diesen Ausnahmen gehören. Sollen sie etwa während einer Geburt hinauslaufen, um einen neuen Parkschein zu besorgen?“, schüttelt Krotzer den Kopf.

### JÜDISCHER FRIEDHOF



Der Israelitische Friedhof in Graz-Wetzelsdorf droht zu verfallen. Er ist verwachsen, die Außenwand bröckelt, Grabsteine rutschen. „Laut Washingtoner Abkommen muss die öffentliche Hand für den Erhalt dieser besonderen und wertvollen Anlage sorgen“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**. Gespräche auf verschiedenen Ebenen haben bisher kein Ergebnis gebracht. „Es drängt die Zeit“, so Fabisch, der ergänzt: „Es wäre für die Stadt Graz keine schwere Aufgabe, zumindest die hohen Verwachsungen zu stutzen und den Rasen zu pflegen.“

### RAGNITZBAD BLEIBT



Jahrelang setzte sich Gemeinderat **Andreas Fabisch** (KPÖ) für die Erhaltung des Ragnitzbades ein, dessen Schließung drohte. Am Ende erfolgreich: Die Holding Graz erwarb das Ragnitzbad. Seit dem Sommer steht das beliebte Bad nach Renovierung wieder den Badegästen zur Verfügung.

**Foto, von links nach rechts: Gemeinderätin Elke Heinrichs, Gemeinderat Andreas Fabisch, Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Silvana Weidinger (alle KPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Stefan Egger (Grüne)**



## Das Bauamt vor Ort: Reges Interesse



Das mobile Team der Bau- und Anlagenbehörde: Ing. Franz Hopfer, DI Margrit Hiebl, StR Elke Kahr und DI Heimo Müllner (v.l.).

Seit Anfang des Jahres tourt die Bau- und Anlagenbehörde (BAB) mit der zuständigen Stadträtin Elke Kahr durch die Grazer Bezirke. Im Juni nahmen mehr als 40 Bewohnerinnen und Bewohner der Bezirke Waltendorf und Ries das Angebot in Anspruch und traten im Gasthaus Sternwirt mit konkreten Fragen und Anliegen an die Experten der BAB heran. Landschaftsschutz, Denkmalschutz und Naturschutz standen dabei im Fokus. Thematisiert wurden der bevorstehende Abriss des historischen Gebäudes der Bäckerei Kotzbeck-Loh und die teilweise unsensible Vorgehensweise von Architekten, wenn es um die

Erhaltung des Gebietscharakters geht. Diskutiert wurde die Frage, wie umfangreich die im Baugesetz angeführten „geringfügigen Änderungen“ sein dürfen.

Da die Informationsveranstaltungen der BAB schon bisher sehr gut angenommen wurden und es viele positive Rückmeldungen gegeben hat, wird die Veranstaltungsreihe fortgesetzt.

**Nächster Termin:**  
**MARIATROST**  
Mi. 10. Sept, 18.00 Uhr  
Hotel Stoiser, Seminarraum  
Mariatroster Straße 147



Mehr als 40 Anrainer folgten der Einladung der Bau- und Anlagenbehörde in den Bezirken Waltendorf und Ries.



**GLB**

Von Hilde Tragler,  
GLB-Betriebsrätin bei Magna

### Die Ware Arbeitskraft – Beispiel Leiharbeit

Das seit 2013 geltende neue Arbeitskräfteüberlassungsgesetz hat im Bereich Leiharbeit einige Verbesserungen gebracht. Ein wesentlicher Punkt ist, dass Leiharbeiter im Beschäftigterbetrieb gleich behandelt werden müssen wie die Stammebeschäftigte. Soweit die juristische Seite.

Wenn ohnehin alle gleichgestellt sind, stellt sich aber die Frage, warum es Leiharbeit überhaupt noch gibt bzw. warum sie – im Gegenteil – noch weiter zunimmt. Der Hauptgrund ist ganz einfach folgender:

Die Leiharbeiter sind am Arbeitsmarkt die „Manövriermasse“. Über das System Leiharbeit lassen sich sozialpolitische Errungenschaften (z.B. Kündigungsrückstellungen) umgehen. Bei einem Konjunkturabschwung werden Leiharbeiter einfach zurückgeschickt und kein Hahn kräht mehr nach ihnen. Vor allem aber spaltet der Sektor Leiharbeit den Arbeitsmarkt zusätzlich, wo durch die steigende Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und das Ausspielen

von Jung und Alt gegeneinander ohnehin bereits ein großer Druck auf den Beschäftigten lastet.

Die Leiharbeitskräfte selbst haben das Problem, dass ihre Situation von den Firmen oftmals ausgenutzt wird, indem sogar gesetzliche Vorgaben umgangen werden. So arbeitet man beispielsweise mit Scheinwohnsitzen, um Fahrtkostenbeiträge zu sparen. Die Betroffenen akzeptieren das oftmals, um ihren Arbeitsplatz zu behalten.

Es ist allgemein bekannt, dass bei den Arbeitskosten am meisten eingespart wird. Eine der größten Fehlentwicklungen ist, dass man derzeit überhaupt keine Beschäftigungspolitik macht, sondern stattdessen die vorhandene Arbeit möglichst wenigen aufbürdet.

Der Ausrede der Politiker lautet dann: Wir müssen sparen! Für alle, die ihre Arbeit bereits verloren haben, klingt das zynisch. Denn sie wissen oft gar nicht, wie sie überhaupt ihre Existenz bestreiten sollen

meint Ihre Hilde Tragler

### Ergotherapie wird endlich von der Krankenkasse übernommen

Schlaganfall ist die häufigste Ursache für eine bleibende Behinderung im Erwachsenenalter. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler hat sich seit Jahren dafür eingesetzt, dass die Ergotherapie von der Gebietskrankenkasse als

Zusatzleistung übernommen wird. Dies wird seit 1. Juli umgesetzt, vorher gab es diese wirksame Therapie nur mit einem hohen Selbstbehalt, wodurch sie viele Patienten nicht in Anspruch nehmen konnten.

**UNVERZICHTBAR**

in Stadt  
& Land

Elke Kahr  
Klimt-Weithaler

**KPÖ**



Günter Eichberger

## DER STOLZ DER BESITZLOSEN

SATIRE

Man vergisst es bei den vielen Titeln ja leicht, aber Graz ist neben City of Design, Genuss-, Fair-Trade- und Weinbau-Stadt (!) auch Stadt der Menschenrechte. Der Mensch ist frei und gleich an Rechten geboren. Steht auf dem Papier. Und das seit 1789, womit die Geduld des Papiers hinlänglich bewiesen scheint. 1948 gab es noch so manchen Zusatz: Die Menschen seien mit „Vernunft und Gewissen begabt“ und sollten einander „im Geist der Brüderlichkeit“ begegnen. Auch die Schwestern, denn es gilt: „Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“ Jeder, nicht jede! Und ein Recht bedeutet ja einen Anspruch, nicht aber seine Erfüllung. Recht muss Recht bleiben.

Fremde sind Freunde, die man noch nicht kennt. Unser Grazer Wahlspruch. Und wir haben diese Freunde immer noch nicht kennen gelernt. Braucht alles seine Zeit. In der Erklärung der Menschenrechte steht ja auch: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet.“ Wohl gemerkt, das Recht! Und den Unterschied zwischen Utopie und

Praxis kennen Transferleistungsbezieher nur zu gut.

Auf sie wollen wir heute unser Glas erheben! Die hart arbeitenden Menschen sind das Salz der Erde. Und das harte Los der Arbeitslosigkeit ist der Cayennepfeffer des Daseins. Glücklicherweise, wer niemals mit der Arbeit seine Würde verlor. Fremde sind Freunde! Aber wenn unsere Freunde betteln gehen, sehen wir das gar nicht gern. So haben wir uns unsere Freunde nicht vorgestellt! Die könnten sich aber auch wirklich besser anziehen. Und ordentlich waschen. Die sollten sich einmal fragen, ob sie wirklich in unser Stadtbild passen. Diese gleich an Rechten geborenen Brüder und Schwestern. Und wenn sie nicht selbst in aller Freiheit vogelgleich das Weite und dessen unbegrenzte Möglichkeiten suchen, dann können sie in „Beherbungsbetrieben“ ihren Unterschlupf finden, wo für ein Loch stolze Summen bezahlt werden dürfen. Damit sie auf etwas stolz sein können.

Drum, liebe bekennende Genießerinnen und Genussspechte, ein Prosit auf die Menschenrechte! Erklärungen kosten uns ja nichts! Außer einen billigen Lacher!

*Günter Eichberger lebt als freier Schriftsteller in Graz.*

## 1.781 Euro in 17 Minuten



Mit einer „Reichendemo“ demonstrierte die Kommunistische Jugend gegen die Steuerungerechtigkeit.

Was durchschnittliche Österreicher im Monat verdienen (1.781 Euro), bekommt VW-Vorstandschef Winterkorn schon nach weniger als 17 Minuten.

857,73 Euro bekommt ein Mindestpensionist im Jahr 2014 monatlich ausbezahlt. 230.000 Mindestpensionisten müssen derzeit in Österreich mit diesem Betrag auskommen. Das Netto-Medianeinkommen pro Monat beträgt in unserem Land 1.781 Euro netto (Stand 2012 lt. Statistik Austria). Das Medianeinkommen gibt jene Einkommenshöhe an, bei der die Hälfte der Einkommensbezieher höhere und die andere Hälfte niedrigere Einkommen aufweist.

Wie viel fleißiger Spitzenmanager sein müssen, kann man an deren Gehaltszettel nachlesen. So bekommt beispielsweise Wolfgang Eder, Vorstandsvorsitzender der Voestalpine AG, ein Salär von 2,3 Millionen jährlich. Im Schnitt betragen die Gehälter der 77 Firmen im Börsenindex „Stoxx Europe 50“ 2013 (Gehälter inkl. Boni) stolze 5,55 Millionen.

Gar 13,2 Millionen Euro durfte Martin Winterkorn, Vorstandschef des Volkswagen-Konzerns, im abgelaufenen Jahr einkassieren und war damit Europas bestbezahlter Unternehmenschef. Das Jahreseinkommen

entspricht einem Monatssalär von 1,1 Millionen Euro. Bei Normalarbeitszeit würde das einen Stundenlohn von 6.395 Euro bedeuten und 107 Euro in der Minute.

Von dem Betrag, den Winterkorn jährlich erhält, könnte 15.389 Mal die Mindestpension ausbezahlt werden, und er entspricht immerhin noch 7.412 Nettomonatsgehältern. In nur 17 Minuten kann der VW-Boss das verdienen, wofür Österreicher im Schnitt einen Monat lang arbeiten.

### Reich und arm

Die Vermögen wachsen immer schneller in Österreich: 0,97 Prozent aller Österreicher sind Euro-Millionäre. Sie besitzen mit 262 Milliarden Euro mehr als ein Drittel der österreichischen Privatvermögen. Mehr, als die gesamte Staatsverschuldung unseres Landes ausmacht.

### Die reichsten Österreicher laut „trend“-Ranking:

Familien Porsche & Piech:	44,8 Mrd. Euro
Dietrich Mateschitz:	7,5 Mrd. Euro
Familie Flick:	6,9 Mrd. Euro
Johann Graf:	5,05 Mrd. Euro
Karl Wlaschek:	4,5 Mrd. Euro

Beratung in Fragen von  
**ARBEIT und BERUF**



# GLB-KPÖ

Termine unter Tel.

**0660 / 1426 080**

E-Mail: [glb@glb-steiermark.at](mailto:glb@glb-steiermark.at) • <http://www.glb-steiermark.at>

# Warum Krieg?

## Gedanken zu einigen Jahrestagen

Warum gibt es Krieg? Diese Frage stellt sich: 100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg, 75 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, 15 Jahre nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Die feierlichen Worte an den verschiedenen Gedenkveranstaltungen klingen nämlich in diesem Jahr besonders hohl. Fast überall auf der Erde toben im Jahr 2014 Kriege und werden hunderttausende Menschen auf die eine oder andere Weise zu Opfern militärischer Gewalt.

Dabei haben die Meinungsmacher vor 25 Jahren ganz anders geredet. 1989 glaubte man, der Untergang des Sowjetsystems und des Warschauer Paktes werde das Ende der Geschichte und damit der Kriege bringen. Man sprach von einer Friedensdividende für die Menschheit.

Heute klingen solche Worte nur mehr weltfremd. Hochgerüstete Machtblöcke kämpfen um die Kontrolle von Rohstoffen und von Absatzmärkten, Kriege sind zum Mittel der Politik geworden. Und wie vor 100 oder 75 Jahren werden die schlimmsten Absichten durch die edelsten Worte in den Medien getarnt. Heute sagt man zwar nicht mehr „Jeder Schuss ein Russ“, im Jahr 2014 wird man aber als „Putinverstehler“ diffamiert, wenn man in der Krise rund um die Ukraine für Verhandlungen eintritt und die Spirale von Sanktionen und Kriegsvorbereitung ablehnt.

Schauen wir in den Nahen Osten: Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern werden immer blutiger, Frieden ist nicht in Sicht. Und im Irak zeigt sich, dass der Angriffskrieg der USA von 2003 nur neue Gefahren gebracht hat. Saddam Hussein war ein Waisenknabe, verglichen mit den muslimischen Klerikalfaschisten der Gruppe ISIS.

Die Jahrzehnte vor 1989 erscheinen aus heutiger Sicht wie eine goldene Zeit: Die großen militärischen

Blöcke betrieben eine Politik der friedlichen Koexistenz und Österreich war neutral.

Jetzt gibt es eine dieser Seiten nicht mehr. Die andere Seite hat in der Zwischenzeit getestet, wie weit sie im Streben nach Vorherrschaft und Neuaufteilung der Welt gehen kann, und dabei das Instrument des Krieges nicht gescheut: Nicht in Afghanistan, nicht im Irak, nicht in Jugoslawien. NATO und EU sind immer näher an Russland herangerückt, zuletzt im Jahr 2014 durch den Umsturz in der Ukraine.

Jetzt zeigt sich: Man ist zu weit gegangen. Druck erzeugt Gegendruck. Und das erhöht die Kriegsgefahr. In Zeiten der Wirtschaftskrise haben die Herrschenden immer versucht, von ihren eigenen Problemen abzulenken und die Massen gegen einen äußeren Feind zu führen.

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“. Diese Worte des französischen Sozialisten Jean Jaures, ermordet am 31. August 1914, haben ihre Bedeutung nicht verloren.

Kriege werden immer durch Medienkampagnen vorbereitet: Im Jahr 1914 wurde Serbien als Mörderstaat hingestellt, im Jahr 1939 sagte Hitler, dass seit 5.45 Uhr zurückgeschossen werde, weil Polen die deutsche Volksgruppe bedrohen würde. Und 2014?

Die Tragödien von 1914 und 1939 dürfen sich nicht wiederholen. Der Krieg kann verhindert werden, wenn die Menschen ihre Herrschenden nicht machen lassen, was sie wollen. Dazu braucht es Aufklärung, Information und Mobilisation. Das Eintreten für den Frieden ist wieder zu einer ganz wichtigen Sache geworden. *Franz St. Parteder*



Foto: cc.indymedia.org



Kriege haben immer wirtschaftliche Ursachen. Für die Lohnarbeiter bringen sie immer nur Not und Elend. Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt hat zur Erinnerung an den Kriegsbeginn 1914 eine Broschüre über den „Weltkrieg“ von Eva Priester herausgegeben. Diese Broschüre beinhaltet einen kleinen Teil aus ihrem Buch, „Kurze Geschichte Österreichs“, Teil zwei, erschienen 1949.

Die Broschüre kann über den KPÖ Bildungsverein oder bei Werner Lang am Volkshausfest (am 6.9.2014, Lagergasse 98a) bezogen werden.

Die Journalistin Eva Priester schrieb ein wichtiges Geschichtswerk über Österreich



### ZITIERT

„Der Friedensnobelpreisträger im Weißen Haus führt eine Todesliste. Weit weg von Amerika werden Leben durch Drohnen ausgelöscht, tagtäglich, wie am Fließband. Tausende sind auf diese Weise getötet worden, darunter viele Kinder. Keiner kennt ihre Namen, und niemand weiß, was ihnen überhaupt vorgeworfen wird.“ Der österr. Maler Gottfried Helnwein, Süddeutsche Zeitung Magazin 46/2013



**GRIES**

**Drei Ämter für zwei Tischchen am Platz der Begegnung**



Die KPÖ-Bezirksräte von Gries haben sich am Platz der Begegnung vor dem Bad zur Sonne jahrelang darum bemüht, dass zu den vorhandenen Bänken auch zwei Tische installiert werden, damit vor allem Kinder ihre Badeutensilien ablegen kön-

nen und eine Jausenmöglichkeit haben. Seit Ostern dieses Jahres stehen die Tische nun, einer wurde von der KPÖ-Gries finanziert. Trotzdem merkt Gerti Schloffer von der KPÖ-Gries an: „Für die Errichtung von zwei Tischen mussten drei Ämter einge-

schaltet werden – ein riesiger bürokratischer Aufwand, und dann sind die Tische so klein geraten, dass sie ihren Sinn und Zweck kaum erfüllen können.“

**Sperrmüll vor der BAN**

Seit Jahren beschwerten sich Anrainer über Sperrmüll bei der Firma BAN in der Idlhofgasse: An Wochenenden, außerhalb der Öffnungszeiten, werden alte Möbel, Herde, Kühlschränke etc. einfach vor der BAN-Sammelstelle deponiert und blockieren die Gehsteige.

Nun wird dieser Sperrmüll auch an Samstagen und Sonntagen von Mitarbeitern der zuständigen Magistratsabteilung weggeräumt. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Gerti Schloffer: „Hier ist es spät aber doch zu einer vernünftigen Lösung gekommen.“

**Landeswohnungen: Privatisierung auf Raten**

Ende April kündigte Landeshauptmann Voves an, „die Baurechte“ bei den Landeswohnungen zu verkaufen. Das ist in Wirklichkeit eine Privatisierung der

Landeswohnungen auf Raten. Darauf wies KPÖ-LAbg. Werner Murgg hin. In den vergangenen Jahren wurden die Bundeswohnungen sowie die Wohnungen von

**EGGENBERG**

**Schautafel**

Seit der Schließung der Bezirksämter sind bezirksbezogene Infos immer schwerer zugänglich. KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** fordert daher die Anbringung einer – auch vom Bezirksrat Eggenberg lange gewünschten – Schautafel im Eggenberger Gemeindepark.

vielen steirische Gemeinden privatisiert. Murgg: „Das hohe Niveau bei den Mieten hängt damit zusammen, dass es immer weniger Wohnraum in öffentlichem Eigentum gibt.“

**GEIDORF**

**„Hasnerplatz in Aktion“**

Erstmals gab es am Hasnerplatz eine kostenlose Parkbetreuung für Kinder und Jugendliche. Im Rahmen der Initiative „Grazer Parks in Aktion“ bot die Sozialorganisation WIKI im Auftrag des Bezirksrats Geidorf und des Amtes für Jugend und Familie im Sommer vielseitige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung an: Lesenachmittage, Mal-Workshops, „Gesunde Jause vom Bauernmarkt“,

Spiel & Sport und vieles mehr. „Von vielen Seiten habe ich gehört, dass die Parkbetreuung großartig ist und vor allem Kinder viel Freude daran haben“, freut sich KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Hanno Wisiak**. Er wird sich in der Bezirksvertretung dafür einsetzen, dass der Hasnerplatz auch im nächsten Sommer zu den „Grazer Parks in Aktion“ zählt.



**MARIATROST**

**Buslinie 58: Bis Fölling-Mariatrost führen!**

„Die enorme Verkehrsbelastung für die Bevölkerung an der Mariatrosterstraße erfordert dringend eine Verlängerung der Buslinie 58 vom Hauptbahnhof bis zum Parkhaus in Fölling an der Stadtgrenze“, fordern KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** und KPÖ-Bezirksrat **Helmut Schwab**. „Weder die überfüllten Postbusse noch

die Tramlinie 1 decken den Bedarf zu Stoßzeiten ab. Zumindest bis 19 Uhr sollten die bestehenden Haltestellen an der Mariatrosterstraße durch den 58er bedient werden. Das würde letztlich auch zu einer besseren Nutzung der Park & Ride-Anlage in Fölling führen, die derzeit äußerst schlecht ausgelastet ist!“



Die Park&Ride-Anlage Fölling ist schlecht ausgelastet, weil die Anbindung an den öffentlichen Verkehr unzureichend ist.



Schöne neue Welt: Man darf die Post selbst abholen.

Das tägliche Leben muss leistbar bleiben!

**Es reicht. Teuerung stoppen!**



## INNERE STADT

### Nächtlicher Lärm in der Girardigasse

Lärmende Gäste der „Mausefalle“, die in der Girardigasse bisweilen auch ihre Notdurft verrichten, in Zweierreihen mit laufenden Motoren wartende Taxis, die ihre potentiellen Kunden anhupen und als Schlusspunkt noch das lautstarke Befüllen des Altglascontainers ab Mitternacht: Für die Bewohner der Girardigasse ist an Schlaf kaum noch zu denken. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Alfred Strutzenberger** hat Verständnis für die Anrainer: „Die Innere Stadt ist ohnehin schon von unzähligen lautstarken Events jahrein-jahraus geplagt. Den Menschen in der Girardigasse ist bewusst, dass sie nicht auf dem

ruhigen Land leben, aber zumindest in den Nachtstunden sollte jeder ausreichend Schlaf finden“, so Strutzenberger, der sich jetzt des Problems angenommen hat. „Die Beteiligten sind von mir eingeladen worden, sich an einen Tisch zu setzen und gemeinsam Lösungen zu finden. Es freut mich, dass alle ihre Bereitschaft dazu bekundet haben und bereits ein gemeinsamer Termin fixiert werden konnte.“



## STRASSGANG

### Unterführung Kärntner Straße/ Ecke Kapellenstraße erhalten!



Vor geraumer Zeit wurde die für Schüler der VS Neuhart so wichtige Fußgängerunterführung Kärntner Straße/Ecke Kapellenstraße gesperrt. Zuletzt wurde bekannt, dass diese Unterführung nicht saniert, sondern sogar zugeschüttet werden soll!

Empörte Eltern bekommen Unterstützung von KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**: „Diese Unterführung ist für

die Verkehrssicherheit der Kinder wichtig.“ Sikora beantragte im Gemeinderat den Erhalt und die Sanierung der Unterführung. Eltern von Kindern, die die Volksschule bzw. den Kindergarten Neuhart besuchen, starteten eine Online-Petition „Rettet die Unterführung Kärntner Straße/Kapellenstraße“. Die Petition ist noch bis 9. September aktiv, bitte nutzen Sie [www.openpetition.de](http://www.openpetition.de).

### Fahrradabstellplätze



Gegen eine geplante Reduktion von Fahrradabstellplätzen in der Inneren Stadt wendet sich KPÖ-Bezirksrätin **Heide Bekhit**. „Noch im Mai dieses Jahres hat Verkehrsstadtrat Eustacchio versichert, dass die Schaffung von Parkplätzen für motorisierte Einspurige nicht zulasten von Fahrradabstellflächen gehen würde. Jetzt ist plötzlich alles anders: Allein in der Schmiedgasse und in der Landhausgasse sollen noch im September zugunsten von Mopeds und Motorrädern 13 Meter an Fahrradabstellflächen wegfallen.“ Dass diese aber dringend gebraucht werden, zeigt das Foto. Die Bezirksrätin fordert, dass für die wegfallenden Parkflächen Zug um Zug Ersatz geschaffen wird.

### Trinkbrunnen



Ausreichend öffentliche Trinkbrunnen sind wichtig für Mensch (und Haustier). KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** setzte sich dafür ein, dass die Zahl der Trinkbrunnen in Graz ausgebaut wird.

## WETZELSDORF

### Straßensperren gehen weiter!



Rege Beteiligung gibt es an den Straßensperren in Wetzelsdorf. Hier mit Elke Kahr und Christian Sikora.

Über 130 Mal ging die überparteiliche Bürgerinitiative für ihr Anliegen schon auf die Straße. Seit November 2013 kämpfen die Aktivbürger mit Demonstrationen und Straßensperren in der Wetzelsdorferstraße und der Steinbergstraße gegen die geplante Baurestmassendeponie in Thal und für die Errichtung eines Geh- und Radweges in der Wetzelsdorferstraße. „Wir sind noch immer voller Mut und Wut. Wir gehen solange auf die Straße, bis der Skandal ein Ende hat“, kündigt Orga-

nisatorin Waltraude Hollerer an. Die KPÖ-Gemeinderäte **Christian Sikora** und **Kurt Luttenberger** unterstützen die hartnäckigen Bürgerproteste unvermindert. „Das unermüdliche Engagement ist vorbildhaft. Die Stadt Graz braucht mehr Mutbürger, nur so kann etwas erreicht werden. Schimpfen und sich zuhause verstecken ist zu wenig“, betont KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. Auch im September geht es weiter. Nähere Infos zu den Straßensperren: [w.hollerer@gmx.net](mailto:w.hollerer@gmx.net)



Auch in der Innenstadt machte die Bürgerinitiative auf ihre Anliegen aufmerksam.

### Termine für Straßensperren in der Wetzelsdorferstraße/Baiernstraße

Mo, 1. September 2014	09.30 Uhr bis 09.50 Uhr
Di, 2. September 2014	11.30 Uhr bis 11.50 Uhr
Mi, 3. September 2014	07.30 Uhr bis 07.50 Uhr
Do, 4. September 2014	13.30 Uhr bis 13.50 Uhr
Fr, 5. September 2014	10.30 Uhr bis 10.50 Uhr

Bei jedem Wetter! Auch einmal vorbeischaun hilft!

# Bauorden saniert Grünanger

## Helfende Hände schaffen Wohnqualität

Der Bauorden hat mit Hilfe zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter wieder ein Haus am Grünanger renoviert.



Viele der Holzständerbauten der Siedlung am Grünanger sind in die Jahre gekommen. Nach und nach werden einzelne Wohneinheiten renoviert. Durch das Wohnungsamt der Stadt Graz, die Caritas und den Internationalen Bauorden – der Verein hilft Sozialprojekten durch unentgeltlichen Baueinsatz – wurde es auch heuer möglich, eines der Häuser mit vielen helfenden Händen zu sanieren. Insgesamt sind 22 Freiwillige nach Graz gekommen, um mit anzupacken – 14 davon arbeiteten am Grünanger, die anderen beteiligten sich bei zwei weiteren sozialen Projekten.

### Geld für Sanierungen

Die Kosten für die Baumaterialien werden von Stadträtin Elke Kahr und dem Wohnungsamt übernommen. Für die Stadt Graz bedeutet das ehrenamtliche Engagement, dass mehr Gemeindehäuser und –wohnungen saniert werden können. Da die bisher nicht sanierten Häuser keine Dusche hatten und schlecht isoliert waren, war einiges zu tun. Es wurde entrümpelt, die Bodenbeläge wurden herausgenommen und neu verlegt, Wand- und Deckenverkleidung inklusive Wärmedämmung erneuert und eine Sanitärzelle mit WC und Dusche eingebaut.

Eine Idee braucht Menschen, die sich dafür begeistern lassen. Beim Bauorden ist das geglückt. Die Helfer kamen aus Italien, Belgien, Deutschland,

Bulgarien und den Niederlanden. Der 20-jährige Karol aus Deutschland war das erste Mal dabei. „Diese Arbeit ist erfüllend. Ich brauche für mein Studium Praktika. In der Industrie ist man der Depp, warum soll man seine Kräfte dann nicht für etwas Gutes aufwenden?“ Untergebracht waren die Helfer im „Team On“ in der Rankengasse und Leiterin Eva Lenger übernahm die Betreuung und Verpflegung. „Es ist ein wichtiges Projekt, ehrenamtliche Hilfe steht im Fokus. Aber alle, die helfen, profitieren davon, sei es durch die Erfahrung bei Bautätigkeiten oder auch durch den kulturellen Austausch“, schildert Lenger. Viele, die

dieses Jahr mit dabei waren, haben den Bauorden über Projekte in ihren Heimatländern kennengelernt und sich dazu entschlossen, auch aktiv zu werden. Acht Stunden am Tag wurde gearbeitet – 10 Tage hindurch. In der Freizeit konnten die Freiwilligen die Stadt Graz oder etwa deren Hausberg Schöckl ein bisschen näher kennenlernen.

### Vorzeigeprojekt für Integration

„Der Bauorden ist ein Paradebeispiel für Integration. Die Menschen lernen sich beim Arbeiten kennen, lernen voneinander und kommunizieren, ob auf Englisch oder auch manchmal mit Händen und Füßen“, bekräftigt Wilfried Stummer, seines Zeichens Präsident der internationalen Organisation. „Für viele Freiwillige ist es überraschend, dass es auch im ‚reichen Westen‘ Armut gibt.“

Schon das siebente Jahr in Folge renoviert der Bauorden mit internationalen Helfern Holzhäuser am Grünanger. Voraussichtlich nicht das letzte Mal, wie Wilfried Stummer andeutet.

[www.bauorden.at](http://www.bauorden.at)



Helfende Hände am Grünanger: Wilfried Stummer (links im Bild) mit der Gruppe der Helfer

## Wenn der Bock zum Glückssp

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben am 1. Juli 2014 ein neues steirisches Glücksspielgesetz beschlossen, das Tausenden den Ruin, den Glücksspielkonzernen aber maximale Profite bringen wird.

Seit Jahren setzt sich die KPÖ für ein Verbot des „Kleinen Glücksspiels“ ein. Die größte Gefahr, der Spielsucht zu verfallen, geht von Spielautomaten aus. Viele Spieler verbergen ihr Problem vor Bekannten und Familie. Sie spielen am Heimweg oder in der Mittagspause. Sie verspielen Einkommen und Besitz, verfallen in Verzweiflung und Depression, alljährlich zerbrechen zahlreiche Familien an der Spielsucht.

### Der Bock als Gärtner

ÖVP und SPÖ sowie die FPÖ-Abgeordneten im steirischen Landtag wollten von einem Verbot des „Kleinen Glücksspiels“ nichts wissen. So beriefen sich die SPÖ-Abgeordneten Lercher und Schwarz sowie FP-Klubobmann Amesbauer im Landtag auf die „Suchtforscherin“ Dr. Gabriele Fischer von der „Spielsuchthilfe“, die sinngemäß sagt, dass Verbote wirkungslos seien.

Aber wer ist die Spielsuchthilfe? „Die Spielsuchthilfe wird von jenen Firmen finanziert, die mit Glücksspiel Milliarden verdienen: Österreichische Lotterien, Casinos Austria, Bwin, Concord Card Casino und die Austrian Gaming Industries des Glücksspielriesen Novomatic.“ – darauf wies der FALTER im Jänner 2014 hin.

### Nur einer gewinnt

Das zentrale Anliegen der Glücksspielindustrie schaut anders aus. Das Vermögen des Unternehmensgründers des Novomatic-Konzerns, Johann Graf, mit 5,05 Milliarden Euro viertreichster Österreicher, spricht für sich. Stolz ist man bei

## Gärtner wird ielkonzernen ausgeliefert



**Ausgeliefert:** Für ein wenig schnelles Geld fürs Budget sind viele Politiker bereit, die Nöte der Spielsüchtigen zu ignorieren.

Novomatic, Europas führender Glücksspielkonzern mit einem Umsatz von 3,5 Milliarden Euro im Jahr zu sein. Diesen „Erfolgskurs“ will man fortsetzen.

„Die Politik hat total versagt“, zeigt sich KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler angesichts des am 1. Juli in der Steiermark neu beschlossenen Glücksspielgesetzes bestürzt. Demnach wird es in der Steiermark nämlich bald möglich sein, in 24 Stunden 828.000 Euro zu verspielen!

### Glücksspielgesetz: Was ist ab 2016 neu?

- Die legalen Einsätze pro Spiel werden von bisher 50 Cent auf 10 Euro erhöht. Ein Spiel dauert nur eine Sekunde. So kann in kurzer Zeit sehr viel Geld verspielt werden – in 24 Stunden bis zu 828.000 Euro!
- Die Zahl der Automaten ist ab 2016 steiermarkweit auf 1009 Stück limitiert.
- Drei Lizenzen werden fix für 12 Jahre an Glücksspielkonzerne vergeben.
- AutomatenSpiel ist nur in eigenen Mini-Casinos erlaubt, die Einzelaufstellung in Tankstellen, Gasthäusern etc. wird eingestellt.

### Spielsüchtige gefährden nicht nur sich selbst

**Jede Woche kommt es zu Kapitalverbrechen von Spielsüchtigen: Betrug und Einbruch sind hier noch die geringeren Übel. Oft kommt es zu Raubüberfällen, zu Mord und Selbstmord:**

„Am Montag, den 21. März 2011, biegt ein Auto von der Grazer Karlauerstraße in einen Firmenhof ein. Ein Mann steigt aus, verlässt den Hof, geht, vorbei an dem Schild „Games“, hinüber zum großen Parkplatz vor dem Wettcafé Admiral. Es ist knapp vor sieben Uhr Früh. Er überschüttet sich mit Benzin und zündet sich an. 90 Prozent seiner Haut verbrennen, sieben Stunden später stirbt er im LKH Graz. Der Mann war spielsüchtig und hochverschuldet.“

Am Freitag, den 25. Mai 2012, betritt ein Mann die Dr.-Adolf-Schärf-Volksschule in St. Pölten. Er holt seinen kleinen Sohn aus der Klasse, führt ihn in die Garderobe und erschießt ihn. Dann tötet er sich selbst. Der Mann war spielsüchtig und hochverschuldet.“ ...

*Benedikt Narodoslawsky, in FALTER 03/14*

## Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

**KPÖ** im Landtag

### Glücksspiel vernichtet Existenzen



**S**pielsucht ist ein Problem, von dem immer mehr Menschen in unserem Bundesland betroffen sind. Betroffene verspielen zuerst ihre eigene Existenz, dann die ihrer Verwandten und Freunde und schließlich die Zukunft ihrer Kinder. Die Hilferufe werden oft nicht gehört. Die Landesregierung hat keine Lösungen anzubieten, dafür aber viele Ausreden, warum sie weiterhin am „Kleinen Glücksspiel“ festhält.

Die Anträge der KPÖ wurden jahrelang ignoriert. Der Landtag war nicht bereit, für die Einhaltung der Gesetze (50 Cent Höchstesatz) zu sorgen und den Jugendschutz ernst zu nehmen. Man wollte der Glücksspielindustrie das Geschäft nicht verderben. Ein neues Bundesgesetz hat das Land schließlich gezwungen, das „Kleine Glücksspiel“ neu zu regeln. Jetzt hätte sich endlich die Gelegenheit geboten, die Einsätze zu reduzieren und der Geschäftemacherei mit einer der schlimmsten Suchtformen, der Spielsucht, einen Riegel vorzuschieben. Doch was der Landtag im Juli mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen hat, ist kein

Gesetz im Interesse der steirischen Bevölkerung. Es ist ein Kniefall vor den großen Glücksspielkonzernen. Die sind die einzigen Profiteure.

Zwar gibt es einige positive Bestimmungen im neuen Gesetz, das ab 2016 gilt. Diese werden aber dadurch entwertet, dass die Obergrenzen des Bundesgesetzes voll ausgeschöpft werden: 10 Euro Einsatz pro Sekunde (!) bei über 1000 Automaten in Mini-Casinos bedeuten, dass man legal über 800.000 Euro in 24 Stunden verspielen kann.

Niedrigere Einsätze, weniger Automaten und längere Pausen zwischen den Spielen wären sinnvoller gewesen – hätten aber bedeutet, dass weniger Geld ins Landesbudget fließt. Die „Reformpartner“ setzen auf kurzfristige Budgetkosmetik. Die Spielsucht hat aber bereits zu viele Existenzen vernichtet. Wir werden auch in Zukunft nicht wegschauen.

LAbg. Claudia  
Klimt-Weithaler  
Tel. 0316 / 877 5104  
ltk-kpoe@stmk.gv.at

### Werbung für Glücksspiel und Sportwetten verbieten!

**D**ie Grazer KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann beantragte ein bundesweites Werbeverbot für Glücksspiel und Sportwetten. Der

Grazer Gemeinderat war einstimmig dafür. Ob das Werbeverbot kommt, liegt nun in der Hand der Bundesregierung.

Umweltamt informiert über richtige Abfalltrennung und Einsparpotenziale bei Müllgebühren

# Trennen tut nicht weh

Warum Abfall trennen? Was gehört in die Gelbe Tonne? Was passiert mit dem getrennten Abfall nach dem Abholen? Das Umweltamt der Stadt Graz steht für genau diese Fragen zur Verfügung und informiert in Schulen, Kindergärten und Siedlungen.

## Der Umwelt zuliebe

Vor allem in Siedlungen und Hochhäusern kommt es oft zu Problemen bei der Abfallentsorgung. Müllräume sind verwüstet, auf Mülltrennung wird wenig geachtet; Sperrmüll und Elektroaltgeräte, die in das Recyclingcenter gebracht werden müssten, werden in Nacht und Nebel-Aktionen im Müllraum deponiert, Restmülltonnen sind schon wenige Tage nach der Entleerung wieder voll. „Das Bewusstsein für das Abfalltrennen fehlt in vielen Mehrparteien-Häusern“, weiß Abfallberaterin Ruth Masser aus langjähriger Erfahrung. Bequemlichkeitsaussagen wie „Warum trennen? Nach dem Abholen wird eh wieder alles zusammengeworfen!“ lässt die Expertin nicht gelten. „Heutzutage wird sehr viel verwertet. Mit dem

richtigen Trennen von Abfall kann man Rohstoffe einsparen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten“, klärt Masser auf. „Einige Rohstoffe stehen uns nicht unbegrenzt zur Verfügung, daher sind die Wiederverwertung von Abfällen und die Abfallvermeidung unumgänglich.“

## Geld sparen

Dabei kann man durch das richtige Trennen von Abfall viel Geld sparen“, weiß Masser. „Viele wissen nicht, dass für Verpackungen schon beim Kauf die Entsorgungsgebühren verrechnet werden, demnach zahlt man bei Abholung für die Leichtverpackungen (Gelbe Tonne), Glas- und Metallverpackungen nichts mehr.“ Verpackungen im Restmüll erhöhen aber die Restmüllgebühr, die von der Gemeinde in Rechnung gestellt wird und in Mehrparteienhäusern in den Betriebskosten enthalten sind.

## Verpackungen gehören nur in die dafür vorgesehenen Behälter!

„In die Gelbe Tonne, das ist der Behälter für Leichtverpackungen, gehören alle Verpackungen aus Kunst- und Verbundstoff, textilem Material, Keramik, Styropor, Holz und Materialien auf biologischer



Die engagierte Müllberaterin Ruth Masser vom Umweltamt der Stadt Graz.

Basis, und kein Kinderspielzeug oder Geschirr aus Plastik“, klärt Masser auf. „Im Altglas dürfen weder Glasgeschirr noch Trinkgläser oder Fensterglas entsorgt werden. Das würde die Wiederverwertung des Verpackungsglases erschweren, diese Abfälle gehören in den Restmüll. Genauso wie Metallgegenstände nicht zu den Metallverpackungen gegeben werden dürfen, hier sind nur Getränke- und Konservendosen sowie Metalltuben und Metallverschlüsse zu entsorgen. Wichtig ist auch, dass alle Verpackungen leer sein müssen!“

## Abfall vermeiden

Es kann viel Abfall mit ganz einfachen Tricks eingespart werden. „Papier oder Stoff statt Plastik. Zum Einkaufen kann man beispielsweise Stofftaschen mitnehmen, um Plas-

tiksackerl zu vermeiden“, schlägt Masser vor. „Auch mit Pfandflaschen tut man der Umwelt etwas Gutes, denn Glasmehrwegflaschen können 40 bis 60 Mal wieder befüllt werden. Je mehr Menschen die Pfandsysteme nachfragen, desto eher wird der Handel darauf eingehen und das Angebot erweitern.“ Für das Einpacken des Jausenbrotes empfiehlt Masser die Jausenbox und Butterbrotpapier statt Alufolie.

**Braucht Ihre Siedlung/Ihr Mehrparteienhaus mehr Bewusstsein für Abfalltrennung? Das Umweltamt kommt zu Ihnen, um zu informieren und zu beraten. Näheres: [www.graz.at/umweltamt](http://www.graz.at/umweltamt) oder Tel. 0316/872 4365.**



Großes Erstaunen über die Möglichkeit, durch Mülltrennen Gebühren zu sparen, zeigten die Bewohner der Straßengängerstraße 204.

...

**Graz**  
Münzgrabenstr, 7A  
+43 664 235 64 43  
johann.wieser01@gmail.com

**AKRON**  
SCHRANKSYSTEME

**Einbauschränke mit Schiebetüren**



# Was tun gegen Lärm?

## Problembewusstsein steigt

Dass unsere Stadt von Jahr zu Jahr lauter wird, wurde bereits mehrfach wissenschaftlich bestätigt. Mitverantwortlich dafür sind nicht zuletzt Open-Air-Veranstaltungen. Doch es gibt Hoffnung!

Während die meisten es bedauern, dass die lauen Sommernächte der frischen Nachtluft weichen, so gibt es doch für einige Grazer – insbesondere Bewohner der Grazer Innenstadt – einen Grund zum Aufatmen. Denn wenn die Tage kürzer werden und die Temperaturen sinken, verlagern sich die Aktivitäten zunehmend nach drinnen. Und das heißt auch, dass die Saison der spätabendlichen Veranstaltungen mit hohen Lärmpegeln vor diversen Schlafzimerfenstern zu Ende geht.

Die Fußball-WM zu Anfang des Sommers mit dem Public-Viewing und der Möglichkeit für Gastwirte, in ihren Gastgärten auch spätabends WM-Übertragungen im Fernsehen zu zeigen, hat die Nerven vieler Anrainer auf eine harte Probe gestellt.

Gegen zu viel Lärm im öffentlichen Raum hat die KPÖ in den vergangenen Monaten mobil gemacht. Jetzt scheint das Lärmbewusstsein auch bei den offiziellen Stellen der Stadt zu steigen.

### Messgerät wieder aktiv

So wurde nach Redaktionsschluss unserer Juli-Stadtblatt-Ausgabe bekannt, dass das seit 2011 nicht aktive Lärmmessgerät am Karmeliterplatz mit Beginn des Public-Viewings wieder aktiviert wurde. DI (FH) Rudolf Ruthofer, Leiter des Lärmschutzreferates im Umweltamt, zieht Bilanz: „Ich bin überzeugt, dass diese Messungen positive Auswirkungen auf die Lärmentwicklung während der Übertragungen gehabt haben und die Veranstalter angehalten wurden, die Lärmemissionen einzuschränken“. Optimistisch stimmt,

dass die stationäre Messstation bis auf weiteres in Betrieb bleiben soll, womit zuverlässige Lärmmessungen bei künftigen Veranstaltungen gewährleistet sind. Die Messdaten der stationären Messstationen können unter <http://uis.graz.at> abgerufen werden.

Das Umweltamt führt mobile Lärmmessungen durch, etwa, wenn das Veranstaltungsreferat einen derartigen Auftrag erteilt. Hier will man in Zukunft verstärkt kooperieren. Zur Information über die Lärmentwicklung im Grazer Stadtgebiet werden seitens des Lärmschutzreferates fortlaufend unangekündigte Lärmmessungen durchgeführt.

### Bässe zu laut

Wie sieht man die Lärmproblematik in unserer Stadt eigentlich beim Lärmschutzreferat? „Alles zu verbieten, damit niemand gestört wird, ist nicht möglich“, sagt Ruthofer. Trotzdem hat er bei einigen Entwicklungen durchaus Bedenken. „Ein sehr aktuelles Problem ist die starke Basslastigkeit bei Konzerten, denn gerade die tiefen Bässe können auch noch in großer Entfernung zu Lärmbelästigungen führen. Hier gibt es derzeit noch keine Vorschriften, aber wir sind bemüht, gemeinsam mit dem Veranstaltungsreferat eine Lösung zu finden, eventuell durch entsprechende Auflagen in den Veranstaltungsbewilligungen.“

Der Eindruck, dass es in der Innenstadt immer weniger veranstaltungsfreie Tage gibt, wird vom Umweltamt bestätigt. Beispielsweise beginnt das Stadtfest, das vor zwanzig Jahren als Sonntagsveranstaltung angelegt war, mittlerweile bereits am Freitag. „Man sollte da-

rüber nachdenken, die Zahl der Veranstaltungen bzw. der Veranstaltungstage zu reduzieren. Denn selbst wenn die Innenstadt belebt werden soll und man Touristen etwas bieten will, so darf man doch auf die Bedürfnisse der Bewohner nicht vergessen“, betont der Leiter des Lärmschutzreferates.

### Das Gespräch suchen

Was aber können Lärmgeplagte selbst tun, wenn es ihnen „zu bunt“ wird? „Grundsätzlich schlage ich vor, zuerst ein Gespräch mit dem Verursacher bzw. der Verursacherin zu führen“, schlägt DI Ruthofer für alle Arten von Lärmbelästigungen – auch im privaten Bereich – vor. Sollte das nicht zum Erfolg führen, kann man sich unter der Grazer Telefonnummer (0316) 872 4388 an das Umweltamt wenden und um Rat fragen, „z.B., wenn der Nachbar ständig spätabends oder sonntags den Rasen mäht“, führt Ruthofer an.

Bringt ein persönliches Gespräch kein Ergebnis und ist rasche Hilfe vonnöten, sollte man sich an die Polizei wenden.

Ist eine öffentliche Veranstaltung zu laut gewesen, kann man im Nach-

hinein ein Schreiben an den Magistrat bzw. an das Veranstaltungsreferat schicken, das für Genehmigungen von Veranstaltungen im öffentlichen Raum zuständig ist. Vor allem dann, wenn derselbe Veranstalter neuerlich eine Genehmigung beantragt, wird man beim Veranstaltungsreferat weiterhin sehr genau hinschauen müssen!

### So wird gestraft

Die Veranstaltungsrichtlinien sehen Konventionalstrafen vor. Ist eine Veranstaltung zu laut, kann die Stadt eine im Vorhinein eingehobene Kautions teilweise einbehalten. Bei Verstößen gegen das steiermärkische Veranstaltungsgesetz oder das steiermärkische Landessicherheitsgesetz sind Verwaltungsstrafen vorgesehen.

„Ziel muss es sein, dass Veranstaltungen, bei denen man davon ausgehen kann, dass der damit verbundene Lärm die Zumutbarkeitsgrenzen der Anrainer übersteigt, gar nicht genehmigt werden“, appelliert KPÖ-Gemeinderätin Elke Heinrichs an die verantwortlichen Stellen. Sie wird sich auch weiterhin gegen unzumutbaren Lärm einsetzen.



Lärm ist ein Problem, mit dem man sich auseinandersetzen muss.

Foto: <http://www.info-graz.at>

## EU-Kommissare: Millionen für Flüge



6,7 Millionen Euro in zwei Jahren haben die EU-Kommissare für Flüge ausgegeben. (Foto: wikimedia commons)

Teure Flüge und hohe Repräsentationskosten. Das ist eine wenig bekannte Seite der EU-Kommission. Die Website *euobserver.com* hat nachgefragt: Die EU-Kommissare haben in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt 6,7 Millionen Euro für Flüge in der weiten Welt ausgegeben. An der Spitze der Ausgaben stehen Kommissionspräsident Barroso und Außenkommissarin Ashton.

Barroso hat im Jahr 2012 649.336 Euro verfliegen. Obwohl Barroso und EU-Ratschef Herman Van Rompuy an allen großen internationalen Treffen gemeinsam teilnehmen, reist Barroso immer allein. Und einige Dienstreisen in sein Heimatland Portugal fallen zufälligerweise mit dem Wochenende zusammen. So verbindet man als EU-Spitzenkraft mit einem Monatseinkommen von mehr als 30.000 Euro das Nützliche mit dem Angenehmen. Am unteren Ende dieser Skala ist

der estnische EU-Kommissar Kallas, der „nur“ 40.364 Euro ausgegeben hat. Die Kommission weigerte sich, eine detaillierte Darstellung der Ausgaben zu veröffentlichen, unter Berufung auf „Datenschutz“ und einen „unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand“ für den Auftrag, über tausend Kostenbelege pro Jahr auszuwerten und die persönlichen Daten zu schwärzen.

Für Repräsentationskosten hat die EU-Kommission 2012 und 2013 mehr als 230.000 Euro ausgegeben. Dazu kommen noch die Bewirtungskosten der einzelnen Kommissare. Auch hier liegt Barroso mit mehr als 140.000 Euro an der Spitze.

Die EU-Kommission verordnet den Menschen in den Mitgliedsstaaten ein Belastungspaket nach dem anderen und ist verantwortlich für Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Bei sich selbst spart sie nicht.

## Ein „Friedensprojekt“ zieht in den Krieg



Der Lack ist abgeblättert. Die EU ist kein Friedensprojekt, sondern beteiligt sich mit Sanktionen und militärischer Aufrüstung an der Vorbereitung von Kriegen. Die Militarisierung der EU ist begann schon nach dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union von 1992. Die sogenannte zweite Säule der EU wurde geschaffen: die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP), zu der auch gemeinsame Verteidigungspolitik gehört. Unter „Verteidigung“ versteht die EU das Eingreifen in alle möglichen für die Interessen der Mächtigen im Bündnis gefährlichen Situationen in Staaten und Regionen außerhalb der EU.

Nach 1992 ging es stetig voran mit der Aufrüstung: Aufbau militärischer Fähigkeiten zum „autonomen“ Losschlagen, Bildung der flexibel einsetzbaren „Battle Groups“, der Deutsch-Französischen Brigade und des Eurokorps, Arrangements mit der NATO über Dominanz und Priorität des von den USA beherrschten Kriegspaktes, Verabschiedung einer eigenen Europäischen „Sicherheitsstrategie“ 2003, Gründung einer Rüstungsagentur, Aufbau eines gemeinsamen Rüstungsmarktes, Schaffung einer eigenen Kriegsbürokratie (Militärausschuss, Militärstab).

Der Lissabonner EU-Vertrag von 2007 enthält einen eigenen Abschnitt „über die Gemeinsame Sicherheits-

und Verteidigungspolitik“ (GSVP), der die Militarisierung der EU quasi verfassungsrechtlich – auf Europäisch heißt das „primärrechtlich“ – festschreibt. Am 24. Juli 2013 gab die EU-Kommission bekannt, dass sie einen „Aktionsplan“ zur Erhöhung der „Effizienz“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ der Rüstungswirtschaft beschlossen hat. Denn ohne diesen werde die EU „nicht das nötige Gewicht in der Welt haben“, wie Kommissionschef Barroso sagte.

In der Ukraine-Krise wird diese Seite besonders deutlich.

### Pferdestärken

Gerald Klug, SPÖ-Verteidigungsminister des neutralen Österreich hat nichts Besseres zu tun, als die EU zu militärischen Einsätzen aufzufordern. Am 23. 6. 2014 sagte er in Berlin: „Europa muss Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen. Die Mittel dafür haben wir, jetzt braucht es auch den politischen Willen dazu. Man müsse „die Pferdestärken auf die Straße bringen.“ Die Linzer Solidarwerkstatt erklärt dazu: „Wer im militärischen Bereich »Pferdestärken auf die Straßen bringen will«, erklärt ziemlich unverblümt, dass er Krieg führen bzw. mit Krieg drohen können will. Folgerichtig fordert Klug die weitere EU-Militarisierung insbesondere bei Drohnen, Transportkapazitäten und für den Cyber-Krieg. Schon davor hatte der österreichische Verteidigungsminister gefordert, dass »die EU-Battlegroups endlich einmal zum Einsatz kommen« müssen und österreichische Soldaten »für den Kampf im Hochgebirge« bereit stehen.“ Diese Fakten zeigen: Die EU-Politiker reden von Frieden, während sie die Aufrüstung vorantreiben. Im Sommer 2014 haben sie dabei eine Schwelle überschritten.

## ZVP Zentralverband der Pensionisten

### SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: [zentralverband@gmx.at](mailto:zentralverband@gmx.at)

**0316/71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a

### Bundestreffen des ZVPÖ zum 90 Jahrestag.

Mi. 17.9.2014,  
Beginn 11:00

### im Volkshaus Müzzzuschlag

Interessantes Programm, gemütliches Beisammensein, schöne Ausstellungen (Südbahnmuseum, Wintersportmuseum, Ausstellung Lebenswerk/Werkschichten)

Bus ab Graz: Anmeldung unter 0316 / 71 24 80

**NEUTRALITÄT!**  
notwendiger denn je!

# Wenn für Kinder die Welt zusammenbricht

## Verliebt, verlobt, getrennt – Was dann?

Der Verein Rainbows kümmert sich nach Trennungen und Scheidungen um Kinder und Jugendliche und hilft ihnen professionell durch das Gefühlschaos.



Foto: RAINBOWS

In finsternen Zeiten darf auch gelacht werden. Rainbows-Gruppenleiterin Cornelia Wanke verarbeitet mit Kindern und Jugendlichen spielerisch das Gefühlschaos.

Acht schöne Jahre liegen hinter Ihnen, jetzt ist die Ehe kaputt, seit einem Jahr hadert das Paar, ob es sich trennt. Der einzige Grund, es nicht zu tun, ist sieben Jahre alt und heißt Anna. Irgendwann hält aber selbst das Kind die zerrüttete Beziehung nicht mehr zusammen. Wenn Mamas und Papas sich trennen, ist das eine enorme Herausforderung für Kinder und Jugendliche. Auch die Eltern fühlen sich bei Fragen wie „Wann kommt denn der Papa wieder nach Hause?“ überfordert.

### Stürmische Zeiten

„Für Kinder bricht nach einer Trennung der Eltern meist eine Welt zusammen. Sie können aber Gefühle – im Gegensatz zu Erwachsenen – oft schlecht artikulieren, für sie gibt es nur gut und schlecht“, erklärt Rainbows-Gruppenleiterin Cornelia Wanke. „In dieser Zeit ist es wichtig, dass Kinder Gefühle zeigen können und nicht in sich hineinfressen. Gefühle müssen verarbeitet werden, um Neues zu akzeptieren. Wir arbeiten in Gruppen mit bis zu fünf Kindern im selben Alter. In spielerischer, kindgerechter Weise werden Angst, Wut oder Schuld mit altersspezifischen kreativen Methoden, Symbolen und Übungen ausgedrückt. All das hilft den Kindern bei der Annahme der neuen Familiensituation und fördert die seelische Widerstandskraft.“ Die Betreuer animieren die Kinder, sich darüber auszutauschen, wann man beispielsweise wütend ist, und welche Möglichkeiten es gibt, dieses Gefühl auszuleben. „Ich kann schreien, ich kann Ballons aufblasen und sie zertreten, ich kann auf den Boden stampfen“, zählt Wanke auf.

„Es gibt noch zahlreiche andere Strategien, die sich die Kinder dann untereinander erzählen und so voneinander profitieren.“

### Verstörte Kinder

Bei Rainbows steht das Wohl der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. „Wir sind den Eltern gegenüber neutral, wir stehen beim Kind“, verdeutlicht Wanke. Begleitend finden Gespräche mit den Eltern (teilen) statt, die der Information, dem Austausch und deren Entlastung dienen.

„Ziel ist es, dass die Kinder und Jugendlichen die veränderte Familiensituation annehmen. Den Eltern kann ich nur immer wieder sagen: Es ist normal, wenn ein Kind verstört auf eine Trennung oder Scheidung reagiert“, klärt Wanke auf. „Ein Kind hat Stress, wenn es ständig zwischen Mutter und Vater pendelt. Aber wenn man richtig damit umgeht, kehrt Ruhe, letztendlich auch Entspannung ein und es wird zum neuen Alltag.“ Aber auch das brauche Zeit. Nichts passiert von heute auf morgen.

## Rainbows...

... kümmert sich um Kinder und Jugendliche zwischen 4 und 17 Jahren, deren Eltern sich getrennt haben.

... begleitet Kinder und Jugendliche, die einen geliebten Menschen durch einen Todesfall verloren haben, durch die schwere Zeit.

... berät Eltern, beispielsweise im Rahmen der §95-Elternberatungen, die nach einer Scheidung zum Wohl der Kinder verpflichtend sind.

**RAINBOWS-Steiermark,**  
Tel. 0316/678783,  
[office@stmk.rainbows.at](mailto:office@stmk.rainbows.at),  
[www.rainbows.at](http://www.rainbows.at)

### Hilfe für Eltern, Kinder und Jugendliche sowie §95-Elternberatungen finden Sie außerdem bei...

**Familienberatung der Stadt Graz,**  
Pestalozzistraße 59, 8010 Graz,  
[familienberatung@stadt.graz.at](mailto:familienberatung@stadt.graz.at),  
Tel. 0316/872-4650

**Institut für Kind, Jugend und Familie,** Lagergasse 98a, 8020 Graz,  
[ikjf@ikjf.at](mailto:ikjf@ikjf.at), Tel. 0316/77 43 44

**Institut für Familienförderung,** Elisabethstraße 59, 8010 Graz,  
[office@familienfoerderung.at](mailto:office@familienfoerderung.at), Tel. 0316/32 82 88

**Institut für Familienfragen,** Maria-trosterstraße 41, 8043 Graz, Eltern-schaft@utanet.at, Tel. 0316/38 62 10

**Institut für Familienberatung der Diözese Graz-Seckau,** Kirchengasse 4, 8010 Graz, [ifp@graz-seckau.at](mailto:ifp@graz-seckau.at), Tel. 0316/82 56 67 oder 0676/8742 2602



Selbsthilfekontaktstelle Steiermark  
Leechgasse 30, 8010 Graz  
T: 0699/1600 5042 oder 0316 / 23 23 00  
E: [selbsthilfe@sbz.at](mailto:selbsthilfe@sbz.at) | [www.selbsthilfesteiermark.at](http://www.selbsthilfesteiermark.at)

### Selbsthilfetag 2014:

**1. Oktober 2014: 9 – 16 Uhr, Grazer Hauptplatz**

### Jugend und Selbsthilfe

Selbsthilfegruppen aus der ganzen Steiermark stellen sich vor. Sie bieten Hilfe an, zB. bei *Schul- und Cybermobbing, Magersucht und Bulimie, Epilepsie, Alkohol- und Medikamentenmissbrauch, Diabetes, Spielsucht* usw. Vorteile von Selbsthilfegruppen sind u.a. die unabhängige Hilfe, ein niederschwelliges Hilfsangebot (auch anonym) sowie die Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen und rasch an nützliche Informationen zu kommen.

**[www.selbsthilfesteiermark.at](http://www.selbsthilfesteiermark.at) • [selbsthilfe@sbz.at](mailto:selbsthilfe@sbz.at)**  
**Tel. 0699 160 05 007**

## DruckZeug

Druckwerkstätte im Annenviertel

**Wir suchen:**  
Ehemalige Setzer-/DruckerInnen, die ihr Wissen über Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten

**Wir bieten:**  
Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative

Foto: Eva Kollmannberger

Mehr Infos über den Verein auf [www.druckzeug.at](http://www.druckzeug.at)  
Kontakt: [office@druckzeug.at](mailto:office@druckzeug.at)  
Tel.: 0699-12680414

**WO:**  
Buchdruckerei Bauer  
Antenstraße 19/  
Hofgebäude,  
8020 Graz

## Gesundheitswesen: Widerstand zahlt sich aus

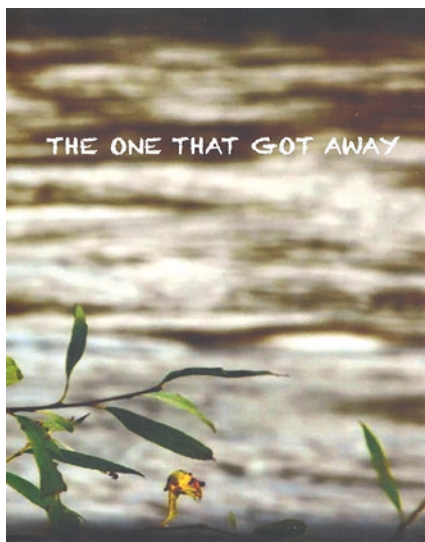
Die Spitäler Hörgas-Enzenbach und Bad Aussee werden aufgrund des Drucks der Bevölkerung nun doch nicht geschlossen. An der Schließung von drei Geburtenstationen, darunter Voitsberg, hält Gesundheitslandesrat Drexler aber fest. KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler: „Das Land Steiermark muss die Gesundheitspolitik wieder selbst in die Hand nehmen und dabei die Bevölkerung ernst nehmen, so würden uns auch solche Fehlentscheidungen erspart bleiben. Die Gesundheit ist das höchste Gut, sie eignet sich nicht für Budgetexperimente.“



## Die Zukunft des Lebensraumes an der Mur

Ideen müssen nicht Millionen kosten!  
Ideenwerkstatt und Dokumentarfilm:

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a  
Mittwoch 3.9.2014 19 Uhr



Film: „The one that got away – Wasserkraft – ist der Preis nicht zu hoch?“

Österreichische Erstaufführung Regie: Thomas Schwarzensteiner  
Das Besondere an diesem Film ist unsere Mur, aber auch die Menschen, die sich mit viel Herzblut für den Erhalt der letzten frei fließenden Kilometer dieses Flusses einsetzen.

### Anschließend Diskussion mit:

Prof. Dr. **Johannes Gepp**

Naturschutzbund Steiermark:  
Naturschutz und der  
Lebensraum an der Mur

DI **Heinz Rosmann** (Stadtplaner):

Bedeutung des Murraumes  
für Graz

Sowie den Gestaltern des Filmes

Moderation: **Max Korp**

Bezirksrat Graz Liebenau



Murgondel. Kanal in der Mur. Murkraftwerk



## KICKEN GEGEN RECHTS



33 Teams nahmen am sechsten „Kicken gegen rechts“ im Grazer Augarten teil. Das von der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) veranstaltete Fußballturnier zog auch heuer wieder hunderte Schaulustige an, die sich an heißen Spielen, kühlen Getränken, Gegrilltem und Musikalischem erfreuten. Tapfer trotzten Spieler und Gäste dem Regen, der sich aber bald wieder verzog.

„Im Augarten mit seiner großen geschichtlichen Bedeutung für den Grazer Fußball wurde wieder einmal bewiesen, dass Fußball völkerverbindend wirkt und fernab von Kommerz funktionieren kann“, freut sich KJÖ-Aktivist und KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer – links im Bild mit den drei Siegermannschaften: FC Navid (1. Platz), Jugendtreff Funtastic (2. Platz) und VWL Equilibrium (3. Platz).

## SOLIDAR WERKSTATT



www.solidarwerkstatt.at

**100% richtig**

Lesen Sie Website und Zeitung  
der Solidarwerkstatt  
Österreich!

Bestellungen unter  
www.solidarwerkstatt.at



RADIO **SOUNDPORTAL**

Graz 97,9/102,1 | Ost-Stmk. 95,9/100,4/100,9/102,2

## Singen im Volkshaus

im Volkshaus, Lagergasse 98a  
jeweils Freitag, 19 Uhr

Wer gern singt, kann mitmachen:  
Lieder und Chöre der Arbeiter-  
und  
Friedens-  
bewegung



Infos: eva.itzlinger@chorifeen.com

# volks<sup>2014</sup>haus fest

Lesung, Diskussion  
& Filme am Volkshausfest

16:00 Premierenlesung Erwin Riess:  
Herr Groll und das Ende der Wachau

17:00 Filmportrait „Der Spanienkämpfer“ über  
G. Hoffman und Hans Landauer

18:30 Diskussion „Delikt Antifaschismus“ mit  
dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König, dem Grazer  
KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer und  
Natascha Strobl

Samstag, 6. Sept. 2014 ab 15:00  
Lagergasse 98a

Freier Eintritt, kein Konsumzwang -  
Musik von 15.00 Uhr bis 3.00 Uhr, ab 22:00 Uhr im Saal



## Masala Brass Kollektiv

Geräumige Tanzfläche  
Kindergarten-Spielwiese  
Diskursbühne  
festlich gestaltetes Volkshausareal  
Kaffee & Kuchen  
Essen & Trinken



Tombola mit Elke und Claudia  
Ziehung 17:30, danach Glückshafen

ab 15 Uhr im Freien: Federal Electric Generator • Full Supa Band •

Masser & Masser • Masala Brass Kollektiv

ab 22 Uhr im Saal: Spring And The Land • The Striggles • Soulbrüder

### „Ausverkauf“ - das neue Buch zum Linken Wort

Mit Texten von Franz Parteder u.v.a. Ab  
sofort im Buchhandel lieferbar (Globus  
Verlag, Wien, ISBN  
978-3-9502669-9-  
3). Direktbestel-  
lungen können an  
bestellung@linkes-  
wort.at gerichtet  
werden (Buchpreis  
12,- zzgl. 1,45 Euro  
Versand). Das Buch  
ist auch beim Volks-  
hausfest erhältlich!

Mittwoch, 17. September 2014,  
19 Uhr:

**Basis vs. Bosse – Wie radikal  
müssen Arbeitskämpfe ge-  
führt werden?**

Podiumsdiskussion mit Karim  
Facchino, Mesut Kimsesiz, Anne  
Rieger & Peter Haumer



<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

alle Veranstaltungen, sofern nicht  
anders angegeben, im KPÖ-Bildungszen-  
trum, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

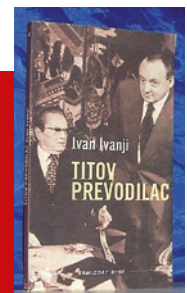
### Lesung von Ivan Ivanji Dolmetscher von J. B. Tito.

Der Schriftsteller Ivan Ivanji war früher Diplomat und Dolmetscher von Josip  
B. Tito. Er liest aus seinem autobiografischen Buch: *Mein schönes Leben in der  
Hölle – Über die Brüchigkeit der Erinnerung und die großen Fragen des Lebens*

**Fr, 12.9., 19.00 Uhr, Volkshaus Graz**

Ivan Ivanji, geb. 1929, war als jugendlicher in deutschen Konzentrationslagern gefangen.  
Im aufblühenden Jugoslawien arbeitete er als Lehrer, Theaterintendant und Dolmetscher  
für den jugoslawischen Freiheitskämpfer und Präsidenten Tito.  
Heute lebt er als Romanautor in Wien.

Ivan Ivanji: „Unsere Hoffnung war immer die Schweiz.  
Wir dachten: Dort leben Deutsche und Franzosen und  
Italiener und etwas ganz Exotisches, die Rätoromanen,  
und zugleich sind sie auch Schweizer. Ich habe ge-  
dacht: Vielleicht gelingt das, dass man Serbe, Kroat,  
Mazedonier, Albaner in Jugoslawien ist und Jugosla-  
we. Das ist leider nicht gelungen.“ In: Der Standard, 2007



## Volkshaus Graz zu mieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle  
VOLKSHAUS GRAZ, Lagergasse 98a

für Kleinkunst, Theater-,  
Tanzaufführungen,  
Lesungen, Seminare uvm.  
**Großer Saal, 280 m<sup>2</sup>**  
**Kleiner Saal 60 m<sup>2</sup>**

Anfragen:  
[lothar.laesser@volkshaus-graz.at](mailto:lothar.laesser@volkshaus-graz.at)  
Tel. 0316/ 71 29 59





## Tiere suchen ein Zuhause

## TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



**Kira**, ca. 2-jährige, kastr. Mischlingshündin. Sie ist sehr bewegungsfreudig und braucht einen Platz bei Besitzern mit Hundeerfahrung. Katzen mag sie leider nicht.



**Escarda**, Huskyhündin wurde schlecht gehalten. Sie ist schüchtern und muss noch einiges lernen. Idealer Zweithund, da sie sich an anderen Hunden orientiert. Ein guter Zaun wäre von Vorteil.



**Elli**, ca. 3-jährige, kastr. Mischlingshündin. Aufgeweckt, liebt ausgedehnte Spaziergänge. Mit Männern dürfte sie schlechte Erfahrungen gemacht haben, daher sucht sie ein Frauerl.



**Aika** ist eine 13-14 jährige Mischlingshündin. Sie hat ein freundliches Wesen und ist auch Katzen gewohnt. Sie wäre trotz ihrer Größe für ältere Leute geeignet und geht brav Gassi an der Leine.



**Stupsi** ist eine etwas ältere, zurückhaltende Katze, die einen guten Platz mit Freigang braucht.



**Kerry** ist ein junger Kater der noch etwas ängstlich ist. Wer hat Geduld mit ihm?



**Moritz** ist ein kastr. Kaninchenrammler, der im Februar 2014 geboren wurde. Er sucht einen guten Platz bei Artgenossen.



**Harrison** ist ein männliches, kastr. Kaninchen. Er wartet auf einen guten Platz mit anderen Artgenossen.



**RED:OUT**, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteilgruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

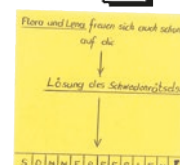
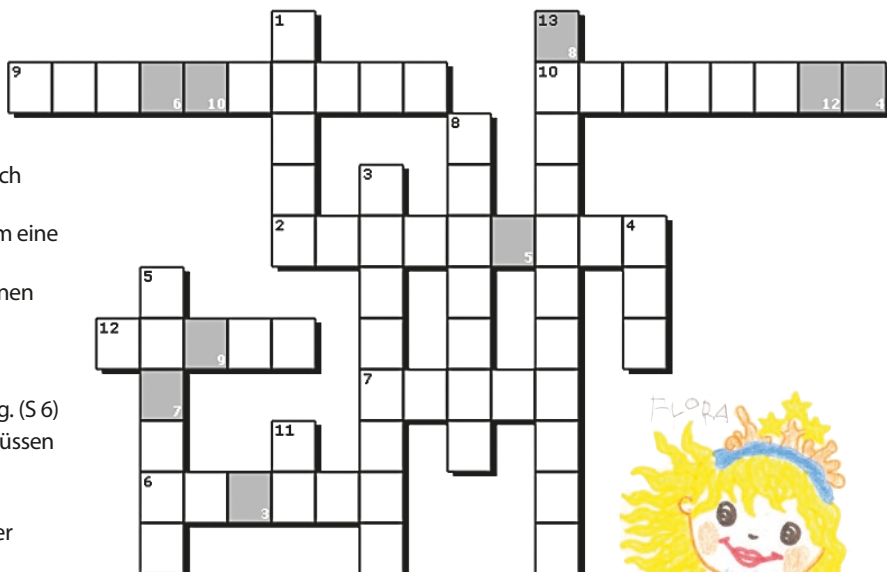


Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn.

Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28. • Vereinsmitgliedschaft gratis.

## GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

- Um Bewohner rauszuekeln, wurden sie ins Haus gelockt – jedoch haben sie sich mit den Altmietern solidarisiert. (Seite 6)
- Weil eine Baurestmassendeponie gebaut werden soll, droht ihm eine Schwerverkehrslawine. (Seite 8)
- Kopfschütteln in Graz: Sollen sie etwa während einer Geburt einen Parkschein lösen? (Seite 8)
- Erst wurde das Büro geschlossen, ab Oktober gibt es wieder Beratungen zu Gebührenbefreiungen. (Seite 8)
- Das erste Stadtteilzentrum von Graz entstand in dieser Siedlung. (S 6)
- Bildung ist wichtig – und teuer. Im Herbst, wenn sie beginnt, müssen viele Eltern tief in die Tasche greifen. (Seite 2-3)
- Ihn sollte man vermeiden und wenn er anfällt, trennen. (S. 16)
- Oft reicht das Einkommen nicht zum Auskommen. Ihre Gehälter jedoch gleichen einem Lottogewinn. (Seite 10)
- Sie ruiniert tausende Existenzen und lässt Gewinne sprudeln. Das neue Gesetz ändert daran nichts. (Seite 14-15)
- Bereits zum sechsten Mal hat hier das „Kicken gegen rechts“ der KJÖ stattgefunden. (S. 20)
- Hohe Repräsentationskosten und teure Flüge zahlt sie ihren Kommissaren. (S. 18)
- Ihn trägt der Kapitalismus in sich, wie die Wolke den Regen. (Seite 10)
- Erstmals gab es hier heuer eine Parkbetreuung für Kinder. (Seite 12)
- Mit ehrenamtlicher Hilfe renoviert er in die Jahre gekommene Gemeindewohnhäuser. (S. 14)



Die Lektüre des Grazer Stadtblattes ist bei der Beantwortung hilfreich!

Senden Sie die Lösung an: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)  
Post: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

### Danke für die Arbeit

„Ferienzeiten mit Schatten“: Selten hat mich ein Zeitungsartikel so zum Nachdenken gebracht. Es ist wahr, meine Frau und ich waren seit fast 10 Jahren nicht mehr auf Urlaub und werden auch heuer die freie Zeit in Graz bleiben müssen. Obwohl wir beide arbeiten, bleibt nichts übrig, um Urlaub genießen zu können. Uns ist das Auto eingegangen, defekte Waschmaschine, Tierarzt für unseren Hund usw. Meist sind es kleinere Beträge, die sich summieren, jedoch am Ende des Tages bleibt unterm Strich nichts. Ich frage mich wirklich, wie machen das Menschen, die Kinder haben, vielleicht Alleinerzieherinnen? Da geht sich das ja erst recht nicht aus! In diesem Sinne: danke Eure Arbeit!

Oliver Podesser

### Genehmigter Lärm

Besten Dank für Ihren so treffenden Beitrag über den Lärm in der Stadt und das Engagement von Frau Stadträtin Kahr und Gemeinderätin Elke Heinrichs. Bitte weiter so! Als Anrainer des Augartens leiden wir sehr unter dem genehmigten Lärm der Stadtverwaltung, der sich im Sommer manchmal drei Tage hintereinander von Mittag bis in die Nacht hinzieht. Dazu kommt außerhalb von Veranstaltungen stundenlanges Trommeln von Einzelnen. Dies alles wird von Jahr zu Jahr mehr

und ist unerträglich.

Wir können uns am Wochenende nicht im Freien aufhalten und müssen die Fenster schließen, obwohl dies auch kein Schutz gegen die wummernden Bässe ist. Auch die Polizei ist machtlos ohne entsprechende Bescheide seitens der Stadtverwaltung und der Möglichkeit, diese zu kontrollieren. Bitte bleiben Sie weiter dran!

Ihr Helmut Nickl

### So geht das Land mit einem invaliden Mitarbeiter um

Ich bin ein pflichtbewusster und zuverlässiger Mitarbeiter im Landesdienst, 80 % invalid, somit habe ich einen geschützten Arbeitsplatz. Mein Chef, so müsste man meinen, wäre zu einer besonderen Verantwortung verpflichtet. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Die Abteilung, in der ich seit 1991 beschäftigt war, war immer im 2. Stock der Burg, bis ein einziges Büro – nämlich das, in dem ich arbeitete – in den ersten Stock verlegt wurde, ohne Notwendigkeit. Das war reine Willkür, denn wo ich danach arbeitete, gab es keinen Lift und als Amtsbote konnte ich die Akten nicht mehr transportieren, da ich motorisch behindert bin.

Gespräche mit meinem Chef blieben ohne Erfolg. Dieser blieb mir gegenüber hart und verlegte die Kanzlei trotzdem. Ich musste daher nach 25 Jahren um Versetzung ansuchen, da

ich meine Arbeit nicht mehr ausüben konnte. Dies wurde genehmigt. Mit meinem neuen Arbeitsplatz bin ich sehr zufrieden – dafür danke ich allen Beteiligten.

Dennoch war die Vorgehensweise respektlos, da fehlt das soziale Gespür. Ich hoffe, dass ich ein Einzelfall bin und kein typisches Beispiel für den Umgang mit Menschen mit Behinderung. Peter Eisenberger, Semriach

### Die Angst der Fußgänger vor den Radfahrern!

In Graz wird auf allen Gehsteigen mit Rädern und Rollern gefahren. Dabei wird in keiner Weise auf Fußgängerinnen und Fußgänger Rücksicht genommen. Man radelt mit hohem Tempo auf alte Leute mit Gehhilfen und angeleinte Hunde los. Bei Kritik werden diese zusätzlich aufübelste Weise beschimpft. Mütter und Väter verwenden vor ihren Kindern Aussagen wie „die alten Leute gehören eh alle weg“ oder bezeichnen Fußgängerinnen und Fußgänger als „blöde Trampel“, die doch auf der Straße gehen sollen. Mir wurde erklärt, dass man auch Fußgänger niederzufahren, um dann Fahrerflucht zu begehen!

Zudem ist die Lage an einigen Haltestellen gefährlich, wo man über den Radweg gehen muss, um in den Bus einzusteigen!

Trotz massiver Kritik wird dieses Thema stets unter den Teppich gekehrt und es gibt so gut wie gar keine Kontrollen. Ich empfinde es als grobe Verantwortungslosigkeit der Stadtregierung, hier nichts zu tun!

Waltraud Kogelnik

### AMSEL-Arbeitslosen-TREFF

im **Infoladen Schwarzes Radieschen**, Steinfeldgasse 2, 8020 Graz. InfoTel: 0699 81 537 867.

#### DIE NÄCHSTEN TREFFtermine:

Do 11. Sept und Do 25. Sept 2014

von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr. [www.amsel-org.info](http://www.amsel-org.info)

AMSEL-Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis:

**0681/102 703 42**

### Kleinanzeigen

Wohnung 85 m<sup>2</sup>, schönes Haus, sehr viel Grün, 2 km **Bad Gleichenberg**, Ferien oder Jahresmiete. Tel. 0664/9498826

**Golden-Retriever-Welpen** mit Papieren, Tel: 0664/949 8826

**NACHHILFE:** In Englisch, Französisch, Deutsch, EDV (Windows alle Versionen, auch Vista), Buchhaltung, Bilanz- und Steuerlehre, Betriebswirtschaftslehre, Recht (alle Rechtsgebiete - österreicherisches Recht), kaufmännischer und allgemeiner Schriftverkehr mit Behörden, Ämtern und Gerichten (Eingaben, Verfassung von Schriftsätzen und Klagen etc.), Schriftverkehr auch in Englisch und Französisch sowie Stenographie und Eilschrift. PREIS: 1h = € 7,50 bei Hausbesuchen zusätzlich € 5,00 (Fahrkostenersatz) ERREICHBARKEIT: Tel.: +43680 505 6979 Martin Schuschnig, Grünegasse 59/III/Top 16, 8020 Graz

**Zu verkaufen:** Haarfön: Domline H 180, originalverpackt, mit aufsetzbarem Diffusor: 7,- Euro; Flachbettscanner: optische Auflösung: 4800 x 9600 dpi, originalverpackt (Neupreis: 90,- Euro): 15,- Euro; Elektrische Backhaube (Backrohrrersatz), zum Backen und Braten, mit diversen Einsätzen, neu, 8,- Euro; Stirnlampe originalverpackt, zum Radfahren und Bergsteigen, Ledbirnen: 5,- Euro; Black & Decker Werkbank zusammenklappbar: 19,- Euro; Saalatschleuder, weiß, 3,- Euro; Kelomat, Edelstahl, 4,5 l: 6,- Euro. Tel. 0650 84 61 231

**Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:** Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Tel. 0316 / 71 24 79, Fax 0316 / 71 62 91. [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

### FRAUENGESUNDHEITZENTRUM

beräten. begleiten. bewegen

#### Kostenlose Beratung für Frauen und Mädchen

zu Verhütung, Menstruation, Wechseljahren, Brustgesundheit, PAP und HPV, Mammografie, seelische Gesundheit u.v.m.

#### Gesund und aktiv leben, Selbstmanagement-Kurs für Frauen mit Langzeiterkrankungen und deren Angehörige

Kursleiterinnen: Ulla Sladek, Monika Vucsak  
Kurs für Frauen ab 13.10. montags 17.00 - 19.30 Uhr, weitere Termine 20.10., 27.10., 3.11., 10.11., 17.11., im Frauengesundheitszentrum, kostenfrei  
Informationsnachmittag: Montag, 6.10., 17.00-18.00 Uhr, kostenfrei, Voraussetzung für die Teilnahme am Kurs.

Information und Termine 0316/83 79 98,  
[www.fgz.co.at](http://www.fgz.co.at) – Joanneumring 3, 8010 Graz

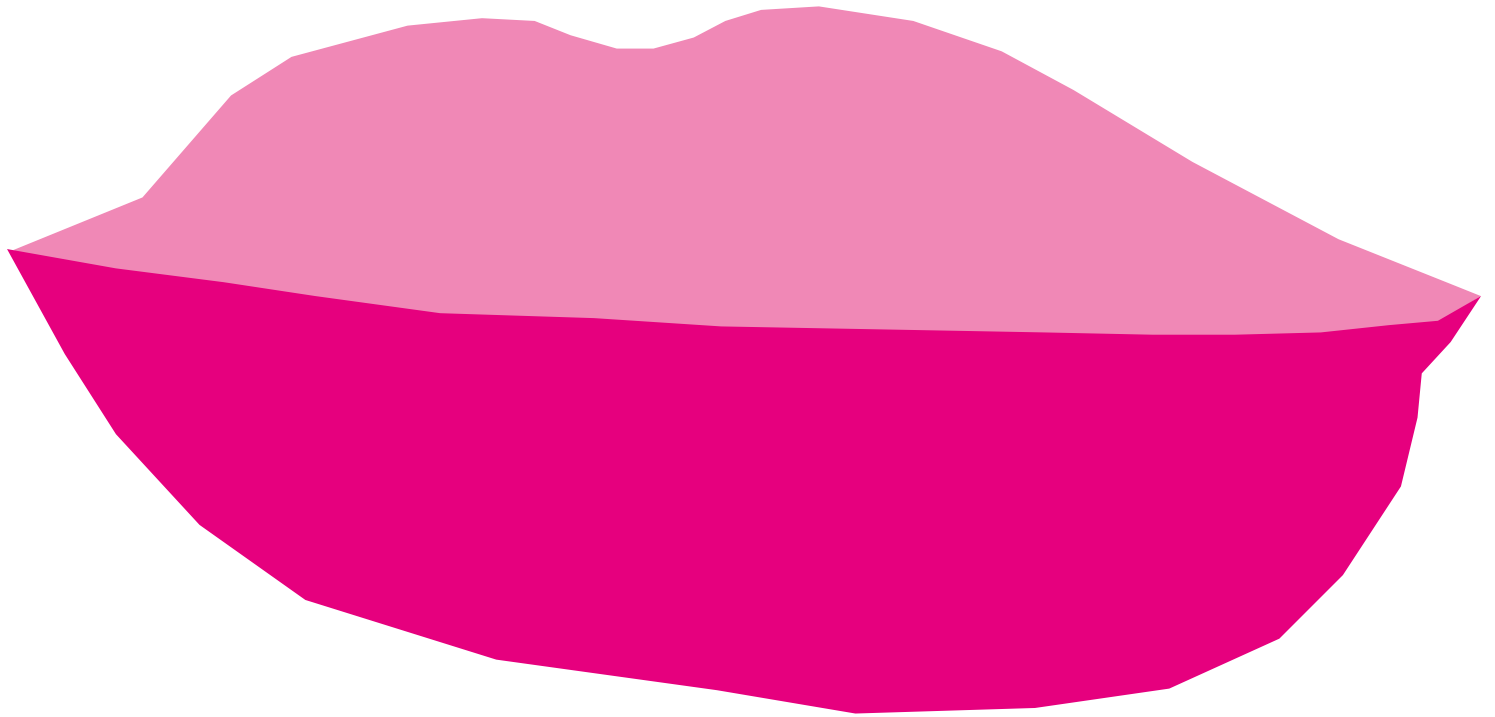


GRAZER  
Stadtblatt

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at) // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.

# volks<sup>2014</sup>hausfest



Federal Electric Generator • Full Supa Band  
Masser & Masser • Masala Brass Kollektiv  
Diskursbühne • Druckzeug  
Spring and The Land  
The Striggles  
Soulbrüder

Samstag

6.9.

ab 15 Uhr

bei jeder Witterung

Kinderprogramm für Jung & Alt • Tombola mit Elke & Claudia • **Eintritt frei!**